Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Mai 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: **Richard Schneider**

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe n. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1008 48 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Montag, den 26. Mai 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 71**

Verschärfung des Bergarbeiterkampfes

Arbeiteraufmarsch gegen die Potsdamer Faszistenparade

Unerhörte Provokation der Kohlenbarone

Sie wollen die Restlöhne nicht zahlen

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 25. Mai.

Die Unternehmer verweigern die die Auszahlung der Restlöhne. Die Zechenbesitzer haben die Absicht, die Restlöhne der Bergarbeiter, die am 22. Mai zu zahlen waren, erst Ende Mai auszuzahlen. Die Zurückhaltung der Löhne ist eine Waffe des Unternehmertums. Die Krumpels sollen durch Hunger auf die Knie gezwungen werden.

Ein neuer Kampfkongreß der Ruhrbergarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 25. Mai.

Am Sonnabend, dem 24. Mai, tagte in Essen ein neuer Kampfkongreß, der zur Lage Stellung nahm. Der Kongreß war von 278 Delegierten beschickt. Davon gehörten 60 Prozent zur Union, 20 Prozent zum DVV. und 20 Prozent waren Christen, Syndikalisten usw. Der Kongreß nahm Stellung zu den Verrätereien der Reformisten und Christen, die den Bergarbeitern bei Bezahlung eine längere Arbeitszeit aufzwingen wollten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden die Bergarbeiter aufgefordert, den Kampf um die Achtstundenschicht über Tage und die Siebenstundenschicht unter Tage gegen alle Verrätereien fortzusetzen.

Eine andere Entschließung fordert die Metallarbeiter auf, jetzt mit den Bergarbeitern gemeinsam den Achtstundentag zu erkämpfen. Der Kampfwille der Krumpels ist noch ungebrochen. Die Bergarbeiter weisen alle Mehr- bzw. Minderarbeit entschlossen zurück. Die Delegierten versprachen, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Grubenmagnaten zu führen.

Der Betriebsrätekongreß im Ruhrgebiet hat beschlossen, am Dienstag, dem 27. Mai, das Bergproletariat zu großen Bergarbeitertagen in Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund und Mülheim-Ruhr aufzurufen. Am Dienstag gehört den Krumpels die Straße. Sie demonstrieren für die Siebenstundenschicht und höhere Löhne, gegen die Grubenbarone und die reformistischen Verräter, gegen den Faszismus.

Frauendemonstration gegen Streikbrecher

(Eig. Drahtm.) **Herne-Bergen**, 25. Mai.

Am 22. Mai demonstrierten Herner Frauen auf der Konstantin-Kolonie gegen das Streikbrechergesindel auf Zeche Konstantin. Blaue Polizei kam mit drei Ueberfallkommandos und vertrieb die Frauen. Einige schleppte man zur Markenkontrolle der nächsten Zeche. Der Markenkontrolleur griff eine Frau am Halse und würgte sie, so daß diese selbst den Blauen zuviel war und die Frau diesem Lumpen aus den Händen riß. In auffallender Weise standen überall leere Bierflaschen herum, so daß die Annahme berechtigt ist, daß Saufgelage veranstaltet werden, die den Streikbrechern und ihren Schützlingen bei der schamlosen Arbeit Mut einflößen sollen.

Die Lage im Saarbecken

(Eig. Drahtm.) **Saarbrücken**, 25. Mai.

Die allgemeine Lage in der Metallindustrie ist nach wie vor ernst. Die Unternehmer wollen einen Lohnabbau durchführen. In einer Besprechung der Gewerkschaftsführer mit der Regierungskommission erklärte diese, daß sie für den 1. Juni den Tarif für die Frachten herabsetzen würde. Die Regierungskommission hat bei der französischen Regierung den Antrag gestellt, die Kohlenpreise zu erniedrigen. Die Gruben seien Staatseigentum. Diese Frage könnte jedoch nur geregelt werden im Zusammenhang mit der Lohnfrage der Bergarbeiter; das bedeutet, daß die Bergwerksdirektionen vorhaben, auch die Löhne der Saarbergleute zu reduzieren. Das werden sie sich nicht gefallen lassen. Ein großer Kampf der Saarbergarbeiter steht bevor.

Die Kampflage in Sachsen

(Eig. Drahtm.) **Zwickau**, 24. Mai.

Die Kampfstimmung ist die alte. Alles harrt aus und wird sich nicht abwürgen lassen weder durch Kampf seitens der Regierung noch der Gewerkschaften. Die Kampfleitung fiel ein Schreiben des sächsischen Ministeriums in die Hand, in dem die Genehmigung der Sammellisten der zentralen Kampfleitung verweigert und nur den Sammellisten des ADGB. Genehmigung erteilt wurde. Die Verpflegungstransporte der Bergarbeiter auf dem Lande haben mit gutem Erfolg eingesetzt.

Massenhilfe der IAH. für die ausgesperrten Bergarbeiter an der Ruhr, in Oberschlesien und Sachsen

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 24. Mai.

Der Aufruf der IAH. für eine große Solidaritätsaktion aller Arbeiter zugunsten der ausgesperrten Arbeiter hat einen unerwartet guten Erfolg gehabt. In der Tschechoslowakei sind Sammlungen bereits in den Kohlenrevieren eingeleitet und die ersten Lebensmittelsendungen eingetroffen. Das gleiche ist der Fall in England. Von dort sind Geldmittel abgegangen. Aus Paris ist der erste Lebensmitteltransport abgerollt. Von Berlin drei Waggons Kartoffeln. Die russischen Arbeiter haben 20 000 Dollar als erste Rate überwiesen, aus Amerika sind 10 000 Dollar angemeldet, in Oesterreich ist eine Sammlung eingeleitet usw.

Die IAH. hat bereits mit der Austeilung der Hilfsmittel in den einzelnen deutschen Distrikten begonnen. In Hamborn, Dortmund, Essen und Bochum hat die IAH. zahlreiche Küchen und Speisestellen errichtet und gibt heute schon **täglich an 50 000 Personen warmes Essen aus.**

Die Zahl soll demnächst auf 100 000 gesteigert werden. Ebenfalls in Oberschlesien und Sachsen sollen noch diese Woche Küchen für 20 000 Personen eingerichtet werden. Gleichzeitig werden Vorbereitungen getroffen, um eine größere Anzahl Kinder der ausgesperrten aus dem Kampfgebiet wegzubringen!

In Hamborn speist die IAH. täglich 18 000 Mann in 12 Küchen.

In Dortmund fanden am 22., 23., 24. und 25. Mai Massenveranstaltungen in Kinos und Restaurants statt, bei denen die ersten Kräfte des Stadttheaters ihre Mitwirkung zugesagt hatten. Die Kellner haben an diesen Tagen gratis dearbeitet und ihren Lohn den Bergarbeitern abgegeben. Die Wirte verzichteten auf ihren Verdienst aus den Getränken zugunsten der Bergarbeiter.

In Bochum wird eine Verteilung von 15 000 Broten, Fett und Milch vorbereitet.

Warnung an das Bergproletariat im Borna-Meuselwitzer Revier

Von zuverlässiger Seite wird uns berichtet: „Aus dem Geiseltal sind von Gruben, die zum Leunakonzern gehören, Streikbrecher in das Bornaer und Meuselwitzer Revier geschickt worden. Es sind meist Jugendliche. Die Werksherren drohten den Streikbrechern mit Entlassung, falls dies abgelehnt würde."

Den Bergarbeitern des Bornaer und des Meuselwitzer Reviers mag diese Mitteilung zur Warnung dienen und sie zur Wachsamkeit anspornen. Die Lage fordert dauernd Anwehrbereitschaft!

Kommunistische Demonstrationen gegen die Potsdamer Kronprinzenparade

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 26. Mai.

Die KPD. hatte gegen die faszistische Parade in Potsdam zu großen Protestversammlungen in den Vororten Potsdams aufgerufen, die gut besucht waren. In Kaputh hatte man zu einem ganz neuen Mittel gegriffen, die Arbeiter von den Versammlungen fernzuhalten. Der Amtsvorsteher ließ schon am Sonnabend halbamtlich bekanntmachen, daß jeder, der zu der unter freiem Himmel stattfindenden Versammlung erscheinen würde, mit einer Geldstrafe von 30 Mark belegt würde. Da diese Drohung noch nicht ausreichend schien, wurde die freiwillige Feuerwehr zu einer „Uebung" am Platz und zur Stunde der angesetzten Versammlung aufgeboten. In Potsdam selbst fand eine überfüllte Protestversammlung statt, die mit dem Gesang der Internationale geschlossen wurde. Zum Schluß zogen einige Gruppen durch die Stadt und haben sich einige Hitler-Jünglinge und uniformierte Primaner näher angesehen, die nach der Besichtigung in einem etwas beschädigteren Zustand abzogen. Die völkischen Helden ließen sich gar nicht sehen. Sie waren schon am Sonnabend wieder abgefahren.

Die Mordhetze der VSPD. als Verbotsgrund der kommunistischen „Volkswacht"

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 25. Mai.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter hat heute die Stettiner „Volkswacht" verboten, mit der Begründung, daß sie in Berlin gedruckt wird. Für die blöden Polizeimethoden der „Verbotsbegründung" ist bezeichnend, daß u. a. gesagt wird: „In eben dieser Nummer (der „Volkswacht") ist das Bedauern ausgesprochen, daß in Halle das Gesindel noch so glimpflich abgekommen ist." Dieser Satz wurde von der „Volkswacht" aus dem Solinger sozialdemokratischen „Volksblatt" zitiert, welcher unter Gesindel die Kommunisten verstand. Die „Volkswacht" wollte damit die Mordhetze der Sozialdemokratie gegen die Kommunisten anprangern. Herr Richter schützt aber die VSPD. vor solchem Anprangern. Sie darf Mordhetze gegen die Kommunisten treiben, die kommunistische Presse soll das aber ruhig schlucken.

Das Verelendungsprogramm des Herrn Schacht

„Abbau des Inlandskonsums"

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 26. Mai.

Auf der Tagung des Hansabundes sprach der Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die deutsche Währungspolitik und verteidigte die Kreditpolitik der Reichsbank. Er trat für die Annahme des Sachverständigengutachtens ein und forderte, daß **der Inlandkonsum abgebaut werden müsse, damit für das Ausland exportiert werden kann.**

*

„Abbau des Inlandkonsum" heißt zu deutsch Hunger für die Proleten. „Export ins Ausland" bedeutet Profite der Kapitalisten und Verschärfung der Arbeitslosigkeit unserer ausländischen Genossen. Schachts Programm zeigt also sehr klar den Unsinn der kapitalistischen „Ordnung", die alle Lasten auf die arbeitenden Massen abwälzt. Zugleich aber enthüllt dieses Programm die Notwendigkeit eines international geführten proletarischen Kampfes gegen das Sachverständigen-Gutachten. Ueberall muß das Proletariat den Hebel ansetzen, um den Sturz des Ausbeutungssystems vorzubereiten.

Der Parteitag der Konsolidierung

Während des Reichstagswahlkampfes hatte die sozialdemokratische Presse mit allen Mitteln übelster Demagogie sich bemüht, die taktischen Diskussionen innerhalb der Kommunistischen Partei als ein Merkmal der Zersetzung und bevorstehenden Spaltung auszuschlachten. Ja, selbst in den letzten Tagen noch versuchte das hallische sozialdemokratische Blatt durch persönliche Hetzereien einige Genossen im Bezirk zu verleumden in der Hoffnung, Unruhe und Zwietracht unter der Mitgliedschaft anzustiften.

Schon der Frankfurter Parteitag hatte dieser Verleumdungskampagne den Boden entzogen, und jetzt ist auch im Bezirk Halle-Merseburg der Beweis erbracht worden, daß hier im roten Herzen Mitteldeutschlands der klare Blick unserer Partei für die großen Aufgaben der kommunistischen Bewegung nicht verlorengegangen ist und nach wie vor ein unerschütterlicher, einheitlicher Arbeits- und Kampfeswille ebenso besteht, wie in allen übrigen Bezirken. Der soeben stattgefundene Bezirksparteitag hat eine Linie gehabt, wie sie klarer nicht erwartet werden konnte. Er ist vor allen früheren Tagungen ausgezeichnet durch ein gesteigertes Verantwortungsbewußtsein, das sich während der ganzen Diskussion durch tief schürfende Sachlichkeit äußerte.

Es handelt sich darum, nunmehr auch im hiesigen Bezirk die Parteidiskussion zum Abschluß zu bringen und den Boden für die Umstellung unserer Organisation auf die Beschlüsse des Reichsparteitags zu schaffen. Infolgedessen entspann sich zunächst eine gründliche Aussprache in Anlehnung an das Referat eines Vertreters der Zentrale über die politische Lage und die Taktik der Partei. In diesem Referat wurden die Fehler, die die Partei im verflossenen Winter gemacht hat, aufgezeigt: die Unterschätzung der revolutionierenden Rolle der Ruhraktion, die falsche Staatstheoretische Auffassung über das Wesen der Novemberrepublik, das Verkennen der konterrevolutionären Rolle der Sozialdemokratie und der politischen Bedeutung ihres „linken" Flügels.

Dementsprechend stand im Vordergrund der Aussprache das Problem der Einheitsfronttaktik, jenes Problem, das auch für den bevorstehenden fünften Weltkongreß der Kommunistischen Internationale von höchster Bedeutung ist. Es ergab sich, daß der Parteitag die „Einheitsfront von oben", wie sie früher angestrebt worden war, ablehnte, weil dadurch die grundsätzliche Einstellung der KPD. verwischt und unter den Massen des revolutionären Proletariats lähmende Verwirrung angerichtet worden war. Durch die **fast einstimmige Annahme der Gesamtresolution zur Parteitaktik (gegen eine Stimme)** die von Anhängern der früheren sogenannten Linken vorgelegt worden war, bekundete der Parteitag, daß er sich auf den Boden der Frankfurter Beschlüsse stellt und gewillt ist, aus den Irrtümern der Vergangenheit für die kommenden Aufgaben die Folgerungen zu ziehen. Als wesentliches Moment aus diesem Abschnitt der Verhandlungen muß noch die Auffassung hervorgehoben werden, daß auf dem kommenden Weltkongreß die deutsche Delegation die Erfahrungen mit der bisherigen Einheitsfronttaktik als außerordentlich bedeutsam auch für andere Sektionen der Internationale, so für Frankreich und England, als richtunggebend kennzeichnen muß.

Nachdem auf diese Weise der Parteitag die grundsätzlichen Fragen geklärt hatte, war es nicht schwer, auch über die organisatorischen Probleme, die sich aus der Aenderung der Taktik ergeben, zu einer Verständigung zu kommen. Die Mehrheit des Parteitags vertrat die Auffassung, daß es nunmehr auch notwendig sei, innerhalb der politischen Leitung des Bezirks Veränderungen vorzunehmen. Es wurde mit Nachdruck betont, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Bezirk und der neuen Zentrale nur dann möglich ist, wenn in der Bezirksleitung Genossen arbeiten, die volles Vertrauen zur Zentrale haben und zu denen die Zentrale ihrerseits Vertrauen aufbringt. Es zeigte sich, daß auch die Anhänger der früheren Mittelgruppe sich diesen sachlichen Erwägungen nicht verschließen konnten. Das kam in den Ausführungen eines Vertreters dieser Richtung zum Ausdruck, der den Wunsch aussprach, es möge nunmehr durch intensive praktische Arbeit die Konsolidierung der Partei draußen im Bezirk vollendet und damit die Möglichkeit zu einer aktiven Politik geschaffen werden.

Somit bedeutet die Tagung einen Wendepunkt in der Geschichte des Parteibezirks Halle-Merseburg. Es ist jedoch klar, daß mit den Parteitagsbeschlüssen allein nichts getan ist. Die neue Bezirksleitung steht vor großen und schwierigen Aufgaben. Ihre erste Pflicht wird sein, ein lebendiges Zusammenwirken mit den Ortsgruppen und Kreisen herbeizuführen. Sie wird dafür zu sorgen haben, daß zwischen allen diesen Stellen ein frischer Blutstrom pulsiert, der das Innenleben der Partei zur höchsten Lebendigkeit bringt. Vor allem handelt es sich dabei um die Einstellung des Organisationsapparates auf die Betriebszellen und die Verwurzelung unserer Presse in den Betrieben.

Bezirksleitung und Redaktion werden unverzüglich die hierzu notwendigen Maßnahmen treffen. Um sie zu einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0001

großen Erfolg für die Partei zu machen, ist es zu gleicher Zeit aber auch erforderlich, **daß aus den Kreisen der Mitgliedschaft alle Passivität schwindet und die Genossen bereit sind, in freudiger Zusammenarbeit mit der neuen Leitung den Konsolidierungsprozeß und die Aktivierung der Partei zu beschleunigen.** Die Genossen im Bezirk müssen sich darüber klar sein, daß sie die Träger der Partei und damit der revolutionären Bewegung des Proletariats sind. Sie müssen sich immer vor Augen halten, daß Zustimmungserklärungen und große Worte leerer Schall bleiben, wenn sie nicht begleitet sind von einem opferfreudigen Aufgehen in der Kleinarbeit. Jede Bezirksleitung, und sei sie aus noch so tüchtigen Genossen zusammengesetzt, wird in ihrer Arbeit gehemmt sein, wenn nicht zwischen ihr und den nachgeordneten Parteistellen engste Verbindung auf Grund unermüdlicher praktischer Arbeit besteht.

Auf dem Bezirksparteitag ist der Wille der großen Mehrheit der Mitgliedschaft zu einer vollinhaltlichen Durchführung der Frankfurter Beschlüsse zum Ausdruck gekommen. Jetzt aber muß alles getan werden, um mit diesem starken Arbeits- und Kampfeswillen alle Genossen zu erfüllen.

Der russisch-deutsche Konflikt

Weitere Ablenkungsmanöver mit dem „Fall Botzenhardt"

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 25. Mai.

Die Berliner sozialdemokratischen Polizeistellen sind weiter bestrebt, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft vom Kern des deutsch-russischen Konflikts abzulenken und dafür den „Fall Botzenhardt", der ihnen geeignet erscheint, ihre Kommunistenhetze auszuweiten, recht breitzutreten.

Die kommunistische Presse hat behauptet, daß es sich im „Fall Botzenhardt" um eine ganz gemeine und üble Spitzelmache der Berliner Spitzelpolizei handelt, die dadurch meinte, gegen die sowjetrussische Handelsvertretung „Belastungsmaterial" aufbringen zu können. Vor allem war es ihr darum zu tun, gegen die Berliner Stellen der Sowjetregierung einen Vorstoß vorzubereiten. Wir wollen den Sachverhalt kurz in Erinnerung bringen: Botzenhardt wird von zwei württembergischen Gemeindebeamten ausgerechnet in das Gebäude der Handelsdelegation geführt, um sich dort zu „erfrischen". Einige Minuten darauf erscheint ein Regiment schwerbewaffneter Polizisten, umstellen das Gebäude und „suchen" — nicht etwa nach Botzenhardt, sondern nach Akten in den Stahlladen der Sowjetdiplomatie. Jedem denkenden Menschen kam der Gedanke auf, daß es sich hierbei um eine wohlvorbereitete Lockspitzelgeschichte des Herrn Weiß handelte. Ob nun Botzenhardt im Voraus gewußt hat, zu welchen niederträchtigen Zwecken er von der Polizei gebraucht wird, oder aber das nicht begriff, es steht fest, daß er sich als williges Werkzeug der Polizei gebrauchen ließ in ihrem Plane, gegen die sowjetrussische Handelsdelegation vorzustoßen. — Weiter: Nachdem weder die Polizeistellen noch die Handelsdelegation wußten, wo sich Botzenhardt weiter aufhält, verbreitet Herr Spitzelkommissar Weiß plötzlich die Nachricht, Botzenhardt sei in der Wohnung eines Angestellten der Handelsdelegation nach „langen Beobachtungen" verhaftet worden. Wir kennen die Einzelheiten dieser Verhaftung, obwohl wir keine so guten Beziehungen zur Polizeizentrale haben, wie die sozialdemokratische Presse. Die sowjetrussische Handelsdelegation kann natürlich in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden, was ihre Angestellten, die deutsche Staatsangehörige sind und das volle Recht haben, sich außerhalb der Handelsdelegation in ihrem Privatleben politisch zu betätigen, außerhalb ihrer Dienststelle, in ihren Privatwohnungen tun. Also auch angenommen, die Verhaftung Botzenhardts in der Privatwohnung des Angestellten Lehmann wäre mit rechten Dingen vor sich gegangen: nur verblödete Polizeihirne und verbohrte VSPD.-Sowjetfresser könnten daraus weitere Nahrung für die Hetze gegen die Handelsdelegation herausfinden. Das war aber der einzige Zweck der Uebung. Dabei sind die Umstände dieser „Verhaftung" so eigentümlich, daß jedem der ganz begründete Verdacht aufkommt, daß es sich dabei wieder um eine wohlvorbereitete Lockspitzelmache Weißens handelt. Ob Botzenhardt und Lehmann diese Lockspitzelmache bewußt begünstigten oder nur aus Dummheit, verbrecherischem Leichtsinn oder anderen Gründen ermöglichten, bleibt für die Beurteilung der Angelegenheit einerlei. Wir werden das noch klären.

Die sowjetrussische Presse und die kommunistische Presse Deutschlands hatte aber das volle Recht, diese beiden als gefährliche und willige Werkzeuge der Spitzelpolizei zu kennzeichnen.

Nun will die Berliner Polizei mit neuen „Kommuniques" an die sentimentale Dummheit der Arbeiter appellieren. Sie nimmt sich des Botzenhardt besonders warm an und beschuldigt (natürlich im „Vorwärts") die Kommunisten der „Unmoral". Nun, wir erklären weiter: Wir werden jeden, der sich aus Dummheit, Leichtfertigkeit oder mit verbrecherischen Absichten als Werkzeug der Polizei gegen Sowjet-Rußland oder gegen die KPD. benutzen läßt, auch weiterhin rücksichtslos vor der Arbeiteröffentlichkeit entlarven!

Die Hauptfrage bleibt aber: Wenn wird sich die Reichsregierung endlich dazu bequemen, der Sowjetregierung die ihr gebührende volle Genugtuung zu geben? Meint sie wirklich, mit derlei sozialdemokratischen Polizeimethoden auf jemanden Eindruck zu machen? Sie möge die Presse des Auslands nachblättern! Arbeiter, duldet kein Ablenken, keine Verschleppung des Konflikts!

Französische Klassenjustiz

Die Genossen Cachin und Suworin verurteilt

(WTB.) **Paris**, 25. Mai.

In dem Prozeß des „Matin" gegen die „Humanité" aus Anlaß der Enthüllungen des letzteren Blattes über die finanziellen Beziehungen der französischen Presse zu gewissen zaristischen Regierungskellen sind gestern der Abgeordnete Marcel Cachin als verantwortlicher Herausgeber und Boris Suworin als Redakteur der „Humanité solidarisch zu 200 Franks Geldstrafe und 10 000 Franks Schadenersatz verurteilt worden. Der „Matin" hatte 500 000 Franks Schadenersatz verlangt.

*

Die Veröffentlichungen der „Humanité" aus den zaristischen Geheimarchiven haben die Käuflichkeit der bürgerlichen Presse restlos bewiesen. Diese Enthüllungen über die zaristischen Machenschaften wirkten so sensationell, daß sogar die deutsche bürgerliche Presse gezwungen war, davon ausgiebig Notiz zu nehmen. Das veröffentlichte Material wurde im Kampfe gegen Poincaré ausgezeichnet verwertet. Daß es ein französischer Klassenrichter wagte, trotzdem die Echtheit dieser Dokumente zu bezweifeln und die „Humanité" zu verurteilen, weil sie die bürgerliche Presse der Käuflichkeit „beschuldigte", beweist nur wieder einmal die völlige Verlotterung solcher „Richter", die nichts anderes sind, als Teile der Unterdrückungsmaschine der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die französische Arbeiterschaft wird dieses „Urteil", in dem sich die Justiz nicht nur mit dem bestechlichen „Matin", sondern auch mit den zaristischen Herren solidarisiert, nicht vergessen!

Deutschnationale Kommunistenhetze

Sie wollen das Verbot der Partei erzwingen

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 25. Mai.

Die Deutschnationalen haben im Landtag folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Nach uns gewordenen zuverlässigen Mitteilungen entfaltet die Kommunistische Partei in Sachsen neuerdings eine ganz besonders lebhafte terroristische und auf Umsturz gerichtete Tätigkeit. Gegen Limbach hatten sie für den 18. Mai einen Handstreich mit bewaffneten Banden geplant und vorbereitet. Die Kommunisten spielen sich als Herren der Lage auf, verhindern Festlichkeiten nationalgerichteter Kreise. Die Regierung läßt sich durch das gewalttätige Auftreten der Kommunisten, anstatt ihnen energisch entgegenzutreten, bestimmen, solche Festlichkeiten auch dann zu verbieten, wenn öffentliche Umzüge nicht geplant sind. — Wie will die Regierung ein solches Kapitulieren vor dem Terror der äußersten Linken rechtfertigen? Erkennt sie nicht, daß sie damit das Machtbewußtsein der Kommunisten stärkt? Kann die Regierung etwa mit den ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln die Aufrechterhaltung der Ordnung in Sachsen nicht mehr gewährleisten? Was gedenkt sie in diesem Falle zu tun?"

*

Diese Anfrage läßt durchblicken, was die Deutschnationalen erhoffen, wenn sie ans Regieren kommen. Der völkischen Bande soll volle Aktionsfreiheit gegeben und die kommunistische Arbeiterschaft samt ihren Organisationen nach italienischem Muster zusammengehauen werden. Angesichts dieser Bestrebungen muß das Proletariat alles tun, um den „Roten Tag" zu einer wuchtigen Massendemonstration gegen die Reaktion zu gestalten.

Die Beschlüsse des Bezirks-Parteitages der KPD. Halle-Merseburg

Resolution zur Taktik der Partei, zur gegenwärtigen Lage und zu den nächsten Aufgaben

I.

Die durch den Ruhrkrieg im Jahre 1923 ungeheuer verschärfte Krise in Deutschland kann nur dadurch gelöst werden, daß die deutsche Arbeiterschaft unter Führung der KPD. die Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland stürzt, die Diktatur des Proletariats aufrichtet und die sozialistische Wirtschaftsordnung aufbaut.

Die opportunistische Einstellung der alten Leitung der KPD., die insbesondere in ihrer Durchführung der Einheitsfronttaktik und in der Sachsenpolitik zum Ausdruck kam, führte dazu, daß nicht einmal der Versuch zu einem solchen Kampfe gemacht worden war und die Bourgeoisie ohne Widerstand des Proletariats im Oktober ihre Zarres-Seeckt-Diktatur aufrichten konnte. Der Bezirksparteitag billigt daher freudig die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages der KPD., der den unerbittlichen Kampf gegen alle reformistischen und opportunistischen Tendenzen innerhalb der Partei zur Pflicht jedes Parteimitgliedes machte, Abrechnung hielt mit den schweren Fehlern der vergangenen Zeit und die Partei einstellte auf die Politik, die allein das Proletariat zum Siege führen kann.

Insbesondere begrüßt es der Bezirksparteitag, daß der Reichsparteitag den Bruch mit der Einheitsfronttaktik, wie sie vorher betrieben worden war, beschlossen hat und jede Verwischung der Gegensätze zwischen der KPD. und der rechten und linken USPD. auf das schärfste verurteilte. Zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Frage werden wir nicht über eine Arbeiter-Regierung, die in einer Koalition mit der rechten oder linken USPD. besteht, oder durch die Sachwerterfassung kommen, sondern nur durch die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Voraussetzung dazu ist der Vernichtungskampf gegen die USPD. aller Schattierungen. Die KPD. ist die einzige Partei des Proletariats Deutschlands.

II.

Das deutsche Kapital versucht jetzt seine Existenz vor der drohenden Revolution zu sichern durch die Annahme des „Sachverständigenplanes". Seine Durchführung würde nicht irgendeinen Wiederaufbau bringen, sie würde nur bedeuten den Hungertod für viele Millionen Werktätige, das größte Elend und die Versklavung der arbeitenden Bevölkerung.

Der glänzende Wahlsieg der KPD. zeigt, daß die entschiedenen Teile des Proletariats in ihrer Mehrheit entschlossen sind, unter Führung der Kommunisten den Kampf auf Leben und Tod gegen das Kapital aufzunehmen. Der Wahlausgang in Frankreich bestärkt noch die Zuversicht, daß dem Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale die Lösung seiner revolutionären Aufgaben bald gelingen wird.

Der gewaltige Kampf der Bergarbeiter um die Wiedereroberung der Siebenstundenschicht, dem sich auch Metallarbeiter und zum Teil Eisenbahner bereits angeschlossen haben, zeigt, daß das deutsche Proletariat beginnt, eine Kampfesfront zu schließen.

Die Bourgeoisie sieht täglich die revolutionäre Gefahr wachsen. Deswegen rüstet sie fieberhaft und planmäßig zum Vernichtungskrieg gegen das sich aufbäumende Proletariat. Die Faszistenparade in Halle, die Demonstrationen in Fürstenwalde usw. sollen zur schnellsten Mobilisierung der Kampftruppen der Bourgeoisie dienen, damit in Deutschland die Voraussetzungen geschaffen werden zur Durchführung des Sachverständigenplanes. Die VSPD. steht bei diesen Kämpfen aktiv auf seiten der Faszisten. Severings Polizei war es, die in Halle Arbeiter tötete, eine große Anzahl verwundete, Hunderte verhaftete, um zu verhindern, daß die Arbeiter die faszistischen Banden auseinanderjagen. Auch hat die VSPD. gezeigt, daß zwischen ihr und der KPD. ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht und daß die VSPD. unbarmherzig vernichtet werden muß, damit das Leben der Arbeiterschaft gesichert wird.

III. Nächste Aufgaben

1. Im Zusammenhang mit den großen Kämpfen im ganzen Reich und in dem Bezirk muß die Bezirksorganisation den Kampf organisieren, damit die Arbeiterschaft nach acht Stunden keinen Schlag mehr macht, damit sie den Kampf aufnimmt zur **Rückeroberung des Achtstundentages, um höhere Löhne,** für die **Wiedereinstellung der Arbeitslosen** in den Produktionsprozeß und für die **Rechte der Betriebsräte.** Bei diesen Kämpfen werden insbesondere die Betriebsräte, bei weiterer Zuspitzung die Arbeiterräte die Führung zu übernehmen haben.

2. Gegen den Vormarsch der Völkischen und Deutschnationalen muß der Kampf mit allen Mitteln aufgenommen werden. **Keine Faszistenparade darf stattfinden.** Mit den Mitteln, mit denen sie gegen die Arbeiter vorgehen, müssen sie geschlagen werden. Aus dem hallischen Faszistentag müssen die notwendigen organisatorischen Lehren gezogen werden.

3. Die USPD. hat im Bezirk zwar schon gewaltig an Einfluß verloren, aber sie muß restlos vernichtet werden.

Der Bezirksparteitag stellt fest, daß insbesondere bei den Gemeindewahlen durch Aufstellung gemeinsamer Listen mit Sozialdemokraten und anderen Nichtkommunisten schwere Fehler gemacht worden sind. Er verurteilt diese Fehler auf das schärfste. Bei der Durchführung der Gemeindepolitik muß eine klare kommunistische Linie eingehalten werden, unter Ablehnung jeden Kompromisses. Alle dem entgegenstrebenden Tendenzen müssen mit allen Mitteln überwunden werden.

4. Die KPD. wird die ihr gestellten Aufgaben nur dann lösen können, wenn sie eine straff zentralisierte Partei ist. Jeden Versuch, Fraktionen innerhalb der Partei aufrechtzuerhalten oder neuzurichten, muß die Partei mit allen politischen und organisatorischen Mitteln unterdrücken.

5. Zur Vereinheitlichung und Zentralisierung der Partei ist notwendig, daß jedes kommunistische Parteimitglied bei seiner Tätigkeit in den Gewerkschaften vollkommen nach den Beschlüssen der Partei handelt. Es gibt keine Neutralität der Gewerkschaften. Jede solche Tendenz ist als konterrevolutionär mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Die allgemeine Taktik in den Gewerkschaften ist bestimmt durch die Beschlüsse des Reichsparteitages. Die Partei lehnt die mechanische Spaltung der Gewerkschaften ab, sie kämpft für eine einheitliche revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. **Die Gewerkschaften müssen von uns im schärfsten unerbittlichsten Kampf gegen die VSPD. erobert werden. In allen Gewerkschaften müssen für die Durchführung der Parteibeschlüsse strafforganisierte Fraktionen sorgen. Solche Fraktionen müssen auch dort organisiert werden, wo wir den Gewerkschaftsapparat bereits erobert haben.**

Die Beschlüsse der Partei sind bindend für jedes gewerkschaftlich organisierte Mitglied. Ihre Durchführung ist natürlich nicht abhängig von ihrer Annahme oder Ablehnung durch die verräterischen Reformisten in den Gewerkschaften.

Der Bezirksparteitag erinnert an die Beschlüsse der Weltkongresse der Komintern, in denen der Aufbau von Fraktionen in allen Organisationen der Arbeiterschaft, wie Genossenschaften, Turnvereinen usw. zur Pflicht der Kommunisten gemacht wird.

6. Unter den Frauen muß die Arbeit verstärkt von der ganzen Partei aufgenommen werden. Aus dem Wahlausgang ist zu ersehen, daß der Einfluß der Deutschnationalen, Christen, Sozialdemokraten bei den Frauen viel größer ist als bei den Männern.

7. Das Verhältnis zwischen Partei und Jugend muß inniger gestaltet werden. Die Jugend hat wiederholt gezeigt, daß sie zu den besten Kampftruppen der Revolution gehört. Die Partei muß diesen Kampfwillen ausnutzen und zu organisieren verstehen.

8. Zur Durchführung der Aufgaben der Partei, der Organisierung der Revolution, ist unerläßlich ihre feste Verankerung in den Betrieben durch den Ausbau der Betriebszellen und die Umstellung der Partei auf sie.

Zum 5. Weltkongreß der Komintern

Der Bezirksparteitag billigt die Richtlinien, die für die Delegation zum Weltkongreß von dem Zentralausschuß der Partei beschlossen worden sind. Er verlangt, daß in den taktischen Fragen der Standpunkt der Partei auf dem Weltkongreß mit aller Entschiedenheit vertreten wird.

Entschließung zum Arbeitertag am 8. Juni in Leipzig

Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg begrüßt die Einberufung des Deutschen Arbeiterkongreß in Leipzig. Der Arbeitertag muß zeigen, daß das deutsche Proletariat gewillt ist, gegen die Faszistenbanden und ihre Helfershelfer, gegen die kapitalistischen Ausbeuter den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur zu führen. Der Bezirksparteitag fordert **die Arbeiterschaft des Bezirkes Halle-Merseburg auf, sich geschlossen an dem Arbeitertag in Leipzig aktiv zu beteiligen.** Er verpflichtet sämtliche Mitglieder der Kommunistischen Partei, energisch in den Betrieben, Ortsgruppen, Gewerkschaften, Sportorganisationen usw. den Marsch der mitteldeutschen Arbeiterschaft nach Leipzig zu organisieren und zu führen. Er fordert zur Vorbereitung des Arbeiterkongresses ein gesteigerte Aktivität in den Betrieben zur Aufrüttelung der Arbeitermassen, damit der Arbeiterkongreß seine Aufgabe, die Sammlung und Konzentrierung des Proletariats zur Aufnahme des Kampfes gegen das Kapital erfüllen kann.

Jeder Großbetrieb Mitteldeutschlands muß durch den geschlossenen Aufmarsch der Belegschaft auf dem Arbeitertag und durch Delegierte auf dem Arbeiterkongreß vertreten sein.

Entschließung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse

Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg sendet den seit Wochen in schwerem Kampfe stehenden Bergarbeitern des Ruhr-, oberschlesischen- und sächsischen Kohlengebietes seine revolutionären Kampfesgrüße. Er erkennt, daß dieser riesenhafte Kampf von größter Bedeutung für die Weiterentwicklung des Kampfes zum Sturze der kapitalistischen Ausbeuter, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur ist. Der Bezirksparteitag ruft die **mitteldeutschen Bergarbeiter auf,** in dieser günstigen Situation an der Seite des übrigen deutschen Bergproletariats den Kampf zur Erhaltung des Achtstundentages, zur Erhöhung der Löhne, zur Unterbindung der Durchführung des Sachverständigengutachtens aufzunehmen. Er fordert die Arbeiter aller übrigen Industrien auf, den Riesenkampf aktiv zu unterstützen.

Resolution zur Gewerkschaftsfrage und zur Führung der Wirtschaftskämpfe

Der Bezirksparteitag begrüßt die Beschlüsse des Reichsparteitages zur Gewerkschaftsfrage, die die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaftsverbänden konkretisieren und festlegen. Er verpflichtet die Parteigenossen des Bezirkes zur energischen Durchführung dieser, für die revolutionäre Bewegung äußerst wichtigen Beschlüsse.

Jedes Mitglied der Kommunistischen Partei hat sich in einem Gewerkschaftsverbande zu organisieren. Kein Genosse darf freiwillig und ohne den entschiedensten Kampf gegen den Ausschluß seine gewerkschaftliche Organisation verlassen. Die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaftsverbänden zur Formierung der Arbeiterschaft hinter der Kommunistischen Partei ist entsprechend der verschärften Situation mit gesteigerter Energie politisch und organisatorisch zu leisten. Der Kampf gegen die reformistisch-faszistische Gewerkschaftsbureaukratie ist mit den aggressivsten Mitteln zu führen. Wo sich die Gewerkschaftsverbände in den Händen der Kommunisten befinden, sind sie für die Kämpfe der Arbeiterschaft voll und rücksichtslos auszunutzen. **Der Abwehrkampf gegen die Spaltungsmanöver des ADGB.** und der Gewerkschaftsbureaukratie ist zu führen unter Anwendung einer beweglichen Taktik.

Die zugespitzten Klassenverhältnisse in Deutschland bedingen eine aktivere Taktik und aggressivere Methoden in den Kämpfen der Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei hat systematisch die Kämpfe des Proletariats zu organisieren, zu führen und mit einem politischen Inhalt zu erfüllen, um die Einstellung der Arbeiterschaft für den Endkampf zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur zu erreichen. Es muß Schluß gemacht werden mit der passiven Streikführung, die die Gewerkschaftsbureaukratie in den vergangenen Jahren anwandte. Es muß ausgerottet werden die Hoffnung der Arbeiterschaft auf regelmäßige finanzielle Unterstützung durch die Kassen der Gewerkschaftsverbände **während Wirtschaftskämpfen.** Durch die Anwendung schärfster Kampfesmittel müssen die Kämpfe verkürzt, die Kapitalisten zurückgedrängt und die Position der Arbeiterklasse gebessert werden. Zur materiellen Unterstützung der Kämpfenden sind die Staats- und Gemeindeverwaltungen, sowie die Bourgeoisie selbst durch die Arbeiterschaft zu zwingen. Der Bezirksparteitag erkennt, daß die sich täglich verschärfenden Teilkämpfe der Arbeiterklasse die Vorspotengefechte des Entscheidungskampfes zur Niederschlagung der Bourgeoisie und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats sind. Deshalb müssen in ihnen dieselben Mittel angewandt werden, die der Kampf um die politische Macht des Proletariats erfordert.

An Stelle der verräterischen Gewerkschaftsbureaukratie, die jeden Kampf der Arbeiterklasse bewußt im Interesse der Kapitalsherrschaft sabotiert, muß sich das Proletariat revolutionäre Kampfesleitungen in Betriebs-, Bezirks- und Reichsmaßstabe bilden. Die Kommunisten haben sich in diesen Kampfesleitungen den maßgeblichen und bestimmenden Einfluß zu sichern.

Der Bezirksparteitag ruft die Parteigenossen auf, die äußerste Energie an die Organisierung der Massenkämpfe der Arbeiterschaft zu setzen und die Führer der proletarischen Klasse in den kommenden riesenhaften Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0002

Der Parteitag der KP. Rußlands

Begrüßung an die KPD.

(Drahtbericht des Imprekorr.)

Moskau, 23. Mai.

Heute wurde im Kreml der 13. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands eröffnet. Es sind 740 Delegierte mit beschließender Stimme und 402 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Auf der Tagesordnung stehen: der politische Bericht des Zentralkomitees des Genossen Sinowjew, der Organisationsbericht des Genossen Stalin, Bericht über den Innenhandel und Kooperationen von Kamenew, Bericht über Arbeit auf dem Lande von Kalinin, über Organisationsfragen von Molotow.

In das Präsidium, das aus 42 Genossen besteht, sind u. a. einstimmig gewählt: Kamenew, Stalin, Sinowjew, Rykow, Bucharin, Krapkaia, Trotzki, Dzerjinski, Knibischew, Tomski, Molotow.

Kamenew eröffnet den Kongreß mit einer Würdigung Lenins. Er hebt hervor, daß Lenin die KAP. und die Kommunistische Internationale geschaffen hat, der beste Parteigenosse war und ein Führer der Werktätigen zur besseren Zukunft. Der Kongreß hörte stehend die Rede von Kamenew an, die dem Andenken Lenins gewidmet war und ehrte auch das Andenken der kürzlich Verstorbenen: des Führers der bulgarischen Kommunisten und eines der Begründer der russ. Sozialdemokratie, Blagoews, ferner der russischen Genossen Nogin und Lutowinow. Nach der Würdigung der Verdienste Blagoews wurde ein Beileidstelegramm an die Kommunistische Partei Bulgariens gerichtet.

Der Parteitag richtet sodann ein Begrüßungstelegramm an den 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in dem es heißt: „Der Tod Lenins bewog die kommunistischen Parteien der Welt, die Reihen noch enger zu schließen. Der größte Sieg der KAP. ist, die Kommunistische Internationale unterstützen zu können. Die KAP. ist eine der treuesten Stützen der Komintern. Allmählich steigt eine neue Revolutionswelle empor. Die Wahlen in mehreren Ländern zeigen ein rasches Wachsen der Kräfte der Kommunistischen Internationale, wodurch neue komplizierte Probleme entstehen. Die KAP. ist glücklich, der Komintern mitzuteilen, daß die russische Sektion aus der Krise noch geschlossener hervorging. Die proletarische Diktatur innerhalb der Sowjetunion ist gefestigt, die Wirtschaftslage hat sich gebessert. Die KAP. bleibt der Weltrevolution für immer treu.

Ein Telegramm an die Kommunistische Partei Deutschlands besagt: Der Sieg des deutschen Proletariats schien im Vorjahre nahe, man mußte aber den Rückzug, wie die KPD. hofft, für kurze Zeit antreten. Das heldenhafte deutsche Proletariat sammelt seine Kräfte. Wie der glänzende Wahlsieg bewies, kämpft der Kern des deutschen Proletariats schon unter der kommunistischen Fahne. Die KPD. korrigierte die sächsischen Fehler und machte mit den opportunistischen Fehlern Schluß. Die KPD. überwand die innere Krise, nahm in der Gewerkschaftsfrage den richtigen Standpunkt ein, indem sie die schädlichen Spaltungstendenzen bekämpfte, was eine Garantie der richtigen Lösung der taktischen Fragen ist. Die KAP. ist überzeugt, daß der innere Kampf in der KPD. beendet ist, daß die KPD. die Beschlüsse der Gesamtpartei, welche den taktischen Hauptlinien der Komintern entsprechen, wie ein Mann befolgt und daß die neue Zentrale alle Kräfte der früheren Fraktionen, die auf dem Boden der Komintern stehen, zur Arbeit heranzieht.

Der Parteitag konstatiert mit Freude und Stolz die völlige Solidarität der KPD. in taktischen Fragen mit der KAP. Das Streben der deutschen Partei, sich auf den Boden des Leninismus zu stellen, erfüllt die KAP. mit Stolz. Der Bolschewismus entstand aber im Kampfe gegen den Opportunismus und die Kinderkrankheiten des Radikalismus. Die KAP. ist überzeugt, daß am 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale sie in allen wichtigen Fragen mit der KPD. Schulter an Schulter arbeiten wird. Die KAP. ist, wie die KPD., zur revolutionären Pflichterfüllung immer bereit.

Das Telegramm an die Kommunistische Partei Frankreichs besagt: Die KAP. ist stolz, daß die revolutionäre Arbeiterschaft Frankreichs die Taktik der KAP. gutheißt, was beweist, daß Lenins Weg befolgt wird. Die KAP. begrüßt die Wahlerfolge der KP. Frankreichs, besonders in den Arbeitervierteln von Paris. Sie beweisen, daß die Elite des französischen Proletariats für den Kommunismus ist. Die Zentrale und die Seine-Föderation waren die Organisatoren des Wahlsieges. Die französischen Sozialisten, die nur eine Fraktion der Bourgeoisie sind, verband ihr Schicksal mit der Bourgeoisie. Die KPF. erobert unzweifelhaft die Massen von der Sozialdemokratischen Partei. Besonders erfreulich ist die Erklärung der KPF., wonach gegenwärtig die Hauptaufgabe die Bolschewisierung der westeuropäischen Parteien ist. Die KAP. hofft, daß diese Aufgabe gelöst werden wird.

Hiernach folgen Begrüßungen durch die Arbeiterdelegationen aus Moskau, Leningrad, Charkow, Ural, Sibirien, welche ein rotes Banner und Leninbüsten überreichen.

Namens der Exekutive der Komintern begrüßt Kolarow den Parteitag: Die stählerne Parteieinheit machte die Hoffnungen der Bourgeoisie zuschanden. Die Exekutive vertraut der alten bolschewistischen Garde, welche die kollektive Vernunft der Partei verkörpert, die Jugend erzieht, den Zusammenschluß mit dem Bauernstum sichert, die Revolution organisiert. Die Rätemacht kann wirtschaftliche Konzessionen machen, jedoch politische, ideologische keinesfalls.

Im Namen der KPD. hebt Rosenberg hervor, daß die KPD. in der russischen Parteifrage das Zentralkomitee der KAP. unterstützte. Im Namen der KPF. betont Treint, daß die KPF. die Zentrale der KAP. unterstützt. Im Namen der KP. Englands spricht Stuart, für Japan Kataiama, für das Frauensekretariat Klara Zetkin. Sie begrüßen den Parteitag. Daraufhin demonstrieren Zehntausende Jungpioniere vor dem Parteitage.

Die Regierung gegen die Werktätigen

Der Vorsitzende des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung in Haft

Weimar, 24. Mai.

Auf dem Bundestag der schaffenden Landwirte ist folgende Protestentschließung gefaßt worden:

Der Bundestag schaffender Landwirte protestiert gegen die Inhaftnahme des Vorsitzenden des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung, der wegen einer banalen Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Verurteilung bedeutet einen Schlag gegen eine ländliche Organisation der Werktätigen und muß als solcher den schärfsten Protest aller Werktätigen herausfordern. Der Bundestag fordert die Aufhebung des Urteils.

Ferner wurde die Absendung eines Protesttelegramms an das Preußische Justizministerium beschlossen:

*

Dieses brutale Vorgehen gegen den Reichsbund für Siedlung und Pachtung ist ein neuer Beweis dafür, welche Freiheiten sich die deutsche Bourgeoisie, vertreten durch ihren Justizapparat, gegen die werktätigen Massen erlaubt. Die Kommunisten schließen sich dem Einspruch des Bundestages an und verlangen, daß solchen unerhörten Provokationen ein Ende gemacht wird. Die revolutionäre Arbeiterschaft weiß aus den eigenen Erfahrungen, daß die Verhaftungen meist der Auftakt zu schärferen Verfolgungen sind. Sie versichert dem Reichsbund für Siedlung und Pachtung ihre Sympathie und Unterstützung.

Die zweite große deutsche Hungerperiode beginnt

Die erste war die fürchterliche Kohlrübenzeit im Jahre 1917. Die zweite beginnt jetzt im Zeichen der kapitalistischen „Sanierung". Auf der Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, einer Fachvereinigung, die nichts mit Proletariat und Revolution zu tun hat, erklärte der Referent nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung":

„Die zweite deutsche große Hungerperiode der großen Massen fängt an und ist sicher von nachhaltigem Schaden. Die Stabilisierung unserer Währung hat dazu geführt, daß für 60 Prozent der schlecht Besoldeten eine ungenügende Lebenshaltung stabilisiert worden ist. Die Vereinigung der Wohnungsnot stört den Familienaufbau, raubt der kommenden Generation Licht, Luft und Ausland. Der Geburtenüberschuß fällt dauernd. Die Frauenarbeit nimmt zu und das Stillen der Säuglinge nimmt ab. Der Sinn für Reinlichkeit ist abgestumpft. Seuchen, wie Typhus und Ruhr, sind wieder heimatberechtigt. Pocken und Schlafkrankheit drohen vom Ausland her."

Das ist das Urteil eines bürgerlichen Arztes. Er selbst weiß keinen Ausweg, als die Forderung nach staatlicher Fürsorge. Aber die kapitalistische „Stabilisierung" beruht ja gerade auf dem Abbau aller sozialen staatlichen Fürsorge.

Der Kapitalismus verurteilt das arbeitende Volk zur Degeneration und zum Aussterben.

Das beginnt schon heute. Was erwartet die Reiche erst, wenn die Versklavungspläne der Sachverständigen durchgeführt werden?

Den Arbeitern hilft niemand, wenn sie sich nicht selbst helfen.

Eine Gesellschaft, die ihren produktiven Arbeitern nicht einmal die Existenz ihrer Klasse zu sichern vermag, zeigt, daß sie reif ist, umgestürzt zu werden.

Nur wenn die Macht der Bourgeoisie zertrümmert ist, kann die Arbeiterschaft sich eine bessere Zukunft bauen.

Prolet, Du lebst noch zu gut!

Die bürgerlichen „Wirtschafter", willige Lakaien der Bourgeoisie, erklären, die Mehl- und Brotpreise seien in Deutschland durch die ausländische Konkurrenz katastrophal niedrig geworden. Man müsse durch Unterbindung der Mehleinfuhr dafür sorgen, daß diese Preise wieder eine „angemessene Höhe" erreichen, sonst wäre — natürlich, das stabilisierte Geld in Gefahr! Während die Scharfmacher nur die Sorge haben, die Löhne abzubauen, die Arbeitszeit zu verlängern, soll das Brot, und damit alle Lebensmittel, weiter verteuert werden! Das ist „kapitalistische Planwirtschaft", das ist „Gesundungskrise", der die VSPD. im Interesse „der Wirtschaft" zustimmt.

Chronik des Weißen Schreckens

Aus den Akten der „Roten Hilfe"

Protest der Festungsgefangenen in Fuhlsbüttel

„Zweiundsechzig Festungsgefangene im Festungsgefängnis Fuhlsbüttel nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der menschenunwürdigen Behandlung des Dichters Mühsam im Festungsgefängnis Niederschönenfeld im Sonderstaat Bayern. Sie fordern die sofortige Ueberführung desselben in ein ordentliches Krankenhaus oder Entlassung aus der Haft. Sie fordern weiter die sogenannte „Liga für Menschenrechte" auf, alles zu tun, was ihr Name besagt, und ihn nicht zu einer bloßen Farce werden zu lassen. Sie fordern dieselbe weiterhin auf, sich zu überzeugen, ob die Hitler-Garden genau so behandelt werden wie die Kämpfer für das Proletariat.

Die Festungsgefangenen Hamburg-Fuhlsbüttel."

Die bayerische Hölle

Erich Mühsams Leiden

Die Weltreaktion muß sich vorgenommen haben, die revolutionären Dichter zu vernichten; erst Thum und Acher, jetzt Erich Mühsam. Aus der bayrischen Peter-Pauls-Festung, den Kasematten von Niederschönenfeld, kommt ein gellender Alarmruf. Der Dichter Erich Mühsam, der wegen Teilnahme an der bayrischen Räterepublik zu 15 Jahren Festung verurteilt wurde und noch zehn Jahre dieser unmenschlichen Strafe abzubüßen hat, ist schwer erkrankt. Bereits vor zwei Jahren zeigten sich bei ihm Symptome von Arterienverkalkung. Die Sklerose ist im Gehör bereits soweit vorgeschritten, daß Mühsam **auf dem linken Ohr vollkommen taub** ist und auf dem rechten teilweise. Seit kurzem ist er von starken Schwindelanfällen befallen, die, wie Dr. Hans Mühsam feststellte, von einer Herzneurose herrühren. Dieser sowieso schon besorgniserregende Zustand wird verschlimmert dadurch, daß **Erich Mühsam jede ärztliche Behandlung fehlt.** Ebenso wie alle Festungsgefangenen lehnt auch Mühsam eine Behandlung durch den Gefängnisarzt Dr. Steindel ab. Dieser Steindel ist der Typus jenes zaristischen Gefängnisarztes Dr. Rychlinski, der sich kürzlich vor dem Obersten Revolutionstribunal in Moskau zu verantworten hatte, weil er, wie er selbst vor Gericht bekannte, „mich bei meinem ärztlichen Dienst im Gefängnis brutal und gleichgültig verhalten habe". Der bayrische Rychlinski, Dr. Steindel, ist jener Arzt, der im Januar 1923 vier Stunden vor dem Tode des Festungsgefangenen Hagemeister den **Todeskampf als Simulation** bezeichnete. Es ist zu verstehen, daß die Festungsgefangenen zu einem Arzt kein Vertrauen haben, der, jedes Mitleidsgefühles bar, sich bei Stellung seiner Diagnose zu 95 Prozent von seiner politischen Gesinnung beeinflussen läßt.

Mühsam verlangt Krankenhausbehandlung. Er wendet sich jetzt durch seine Frau an die Oeffentlichkeit. **Kommt der Dichter Mühsam nicht sofort in ärztliche Behandlung, so muß damit gerechnet werden, daß er im Kerker von seiner schweren Krankheit dahingerafft wird ...**

Der Revolutionär Hagemeister ist im Kerker Niederschönenfeld durch die Schuld eines unmoralischen Arztes regelrecht verendet — es gibt leider keinen anderen Ausdruck —, dasselbe Schicksal soll jetzt dem Dichter Erich Mühsam werden. Es wird sein Schicksal sein, wo ist denn Hilfe? Vor einigen Wochen wurde in Deutschland der 200. Geburtstag des Philosophen Kant gefeiert. Viel wurde gesprochen von Humanität, deutschem Idealismus, Menschengröße. Aber wo findet man in Deutschland auch nur ein Körnchen vom Geiste Kants, Goethes, Schillers, deren sich an diesem Tage die Vertreter deutschen Geisteslebens so rühmten? Mußten sie nicht erblassen, mußten sie nicht am Wort ersticken oder sind sie nur so überfirnißt von der Kantschen Kultur, daß sie in diesem Moment sich nicht schämten, diese Lügen auszusprechen?

Denn während „der Philosoph der Humanität" von seinen Nachkommen gefeiert wird, **modert im feuchten Keller eines Gefängnisses ein 55 Jahre alter, auf den Tod kranker Dichter, der nichts anderes verbrochen hat, als sein Lied der Revolution zu schenken.** Ja, wo bleibt Euer Protest: Ihr, die Ihr kürzlich für Euren Luidde alle Minen springen ließet, Ihr Helmuth von Gerlach, Karl Vetter, Gertrud Bäumer, Du „Liga für Menschenrecht", wenn es gilt, einen revolutionären Dichter vom sicheren Tode zu retten? Hört Eure laut gepriesene Menschenliebe, Euer Abscheu vor der Gewalt beim eigenen Ich und was dazu gehört, auf? Zeigt, daß Ihr ein Ohr habt für den Schrei des Dichters Mühsam, den seine Henker zu Tode quälen.

Revolutionäres Proletariat der ganzen Welt, radikale Jugend, oppositionelle Studenten und Literaten, Intellektuelle der Aufklärung, mobilisiert Eure Kräfte! Veranstaltet sofort Versammlungen! **Protestiert gegen den Justizmord, der in München vorbereitet wird!**

Siegreiches russisches Volk, Ihr Arbeiter und Bauern im Gouvernement Wiatka, Ihr Notarmisten, deren Ehrenkamerad Erich Mühsam ist, macht die höchsten Anstrengungen, dem Revolutionär Mühsam wenigstens das Leben zu retten!

Unserem internationalen Proteststurm muß es gelingen, den kranken Dichter Erich Mühsam frei zu bekommen. Freunde, ans Werk! Ehrenfried Wagner.

Sadistische Quälereien

Kurz nach dem Hitler-Putsch wurden in Bayern alle kommunistischen Zeitungen verboten. Diesen Anlaß benützte unser Festungsvorstand, der Oberstaatsanwalt Hoffmann, um alle Zeitungen und Broschüren, die früher einmal in die Festung hereingekommen waren, zu verbieten. Wir mußten alles Gedruckte, was irgendwie revolutionären oder kommunistischen Inhalt hatte, abliefern oder zu Klosettpapier zerreißen. Ende November bekam der kommunistische Landtagsabgeordnete Fritz Sauber von seiner Frau Besuch. Sauber wollte seiner Frau ein Paar reparaturbedürftige Hausschuhe mitgeben und wickelte sie in eine alte Zeitung ein. Das Unglück wollte es, daß die zum Einwickeln benützte Zeitung eine alte Nummer der Wiener „Roten Fahne" vom Mai 1923 war. Am nächsten Morgen wurde Genosse Sauber zum Rapport gerufen und vom Staatsanwalt angebrüllt, er habe seine Befehle nicht ausgeführt, habe kommunistische Propaganda treiben wollen. Er sei hier, um ein Verbrechen zu büßen; mit solchen Verbrechern würde er schon fertig werden usw. usw. Mit dem Schluß: „Ich verfüge über Sie **Einzelhaft, Schreibverbot, Hofverbot, Rauchverbot, Zeitungsverbot!"**, kurz, alle Disziplinarstrafen, wie sie in Bayern gegen Proletarier üblich sind. Genosse Sauber, der mit diesem Herrn Hoffmann schon manches Rekontre hatte, kam bei dieser offensichtlich auf Provokation angelegten Brüllerei auch in Zorn und rief dem Staatsanwalt entgegen, er, Hoffmann, sei ein Verbrecher; er habe schon 15 Kommunisten zum Tode verurteilt; er habe unseren Genossen Hagemeister ermordet; er könne auch uns ermorden, aber als Kommunisten ließen wir uns von solchen Verbrechern, Mördern und Lumpen nicht kleinkriegen! Der vollgefressene dicke Proletariermörder kürzte aus dem Zimmer und schrie: „Das ist Meuterei!" Kaum war er draußen, kamen zehn seiner Schergen — Aufseher — packten den Genossen Sauber an Händen und Füßen, **banden ihn in eine Zwangsjacke** und warfen ihn auf den Boden in eine kalte, leere Zelle. Der Anstaltsarzt, ein Hakenkreuzler, ging vor der Zelle auf und ab und rieb sich lächelnd die Hände. Zwei volle Tage ließ man Sauber in der Zwangsjacke! Zwei Tage, ohne daß er ein Glied rühren konnte; zwei Tage ohne Speise und Trank; **zwei Tage lang lag er in seinem eigenen Urin und Kot!** Zuerst, als er schreien wollte, hatte man ihm auch noch einen Knebel in den Mund gesteckt. Am zweiten Tage kam der von Sauber als Proletariermörder gekennzeichnete Herr Hoffmann in die Zelle. Er stieß den vor Ermüdung und Schmerzen halb ohnmächtigen Sauber mit dem Fuße, so daß Sauber, der sich ja selbst nicht rühren konnte, einen halben Meter weit rollte!!! und sagte in seiner höhnischen, jesuitischen Art recht zynisch: „Na, Herr Sauber! **Für den Herrn Landtagsabgeordneten Sauber haben wir jetzt auch noch Zwangsjacken!"**

Genosse Sauber ist mit etwa 20 anderen Festungsgefangenen und etwa 40 Genossen im Zuchthaus schon seit dem April 1919, also über fünf Jahre. Er hatte für die von den Mehrheitssozialisten begonnene barbarische Räterepublik in Würzburg ein Rede gehalten und hat für diese Rede zwölf Jahre „Festung" bekommen. Der Mörder Eisners, der schon während seiner „Festungszeit" auf einem Gute als Praktikant tätig sein konnte, ist in Freiheit und wird von der katholischen Presse als Held gefeiert. Die Hochverräter mit dem Hakenkreuz sind in Freiheit. **Und Eure Kämpfer, Eure Genossen, Eure Vertreter in diesem demokratischen Parlament wirft man tagelang in die Zwangsjacke. Proletarier!** Wie lange noch? Wann werden diese Verbrechen einmal „gebüßt"?

Gewerkschaftsbewegung

Raffinierte Unternehmermethoden

Vom Verband der Steinsetzer wird uns geschrieben: Die Steinsetzer-Zwangs-Innung drückt weiter nach. Diesmal schieben sie die Herren von Kohle und Eisen vor, um die Arbeiter zu einer längeren Arbeitszeit zu zwingen. Sie weisen darauf hin, daß auch die Steinsetzmeister die zehnstündige Arbeitszeit einführen müssen, im anderen Falle würden die Herren von Kohle und Eisen keine Arbeiten vergeben. Die Arbeiter im Steinsetzergewerbe dürfen sich nicht irre machen lassen. Sie müssen überall geschlossen für die achtstündige Arbeitszeit eintreten. Hoch der Achtstundentag! Wenn Unternehmer dazu übergehen sollten, Entlassungen wegen Ablehnung der zehnstündigen Arbeitszeit vorzunehmen, muß dies sofort dem Vorsitzenden des Verbandes der Steinarbeiter mitgeteilt werden (Karl Pretsch, Halle, Große Schloßgasse 12).

Der Kampf der hallischen Straßenbahner gegen die verlängerte Arbeitszeit

In verschiedenen hallischen Tageszeitungen ist die Nachricht von einem Straßenbahnerstreik auf Grund einer Mitteilung des Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden verbreitet worden.

Zu dieser Stellungnahme erklärt die Verwaltungsstelle Halle des Deutschen Verkehrsbundes: Es ist richtig, daß das Fahrpersonal der Straßenbahn fast einmütig den Streik beschlossen hat, und zwar, weil es sich nicht gefallen lassen konnte, eine Arbeitszeit von neun Stunden und 36 Minuten zu leisten und dafür nur einen Lohn von neun Stunden erhält. Soweit die Behauptung in Frage kommt, daß das Personal Tarifbruch begehen würde, ist diese Auffassung nach unserer Ansicht falsch.

Richtig ist, daß in dem abgeschlossenen Manteltarif festgelegt ist, daß Pausen als Arbeitszeit außer Ansatz gebracht werden können, nicht gesagt ist aber, daß Pausen künstlich herausgewirtschaftet werden und lediglich nur auf dem Papiere stehen, während sie in der Tat niemals vorhanden sind. Im übrigen muß jeder vernünftigdenkende Mensch, auch bei noch so schwerem Begriffsvermögen, sich erklären können, daß Pausen von zwei Minuten, beziehungsweise vier Minuten, überhaupt keine Pausen darstellen, zumal, wenn während dieser Pausen noch tatsächlich Arbeit geleistet werden muß, wie zum Beispiel: Rangieren, Umkoppeln der Anhänger, Umhängen der Türen, Abschreiben und dergleichen mehr. Daß für diese Arbeiten die Pausen kaum ausreichen, zeigt sich tagtäglich.

Da der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband sowie sein „sachverständiger Berater" mit allen Mitteln der Demagogie versuchen, diese Pausen als Arbeitszeit außer Ansatz zu bringen, obwohl die Bezirksschiedsstelle in der Vorberatung eine andere Auffassung vertreten hatte, sah sich das Personal gezwungen, durch das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel seine ihm zustehenden Rechte zu sichern. Vorläufig ist es jedoch noch einmal zu einer Verständigung gekommen.

Die proletarische Revolution

bedingt aktiven Kampf der breiten Arbeitermassen!

Parteigenosse! Parteigenossin!

Die Werbewoche der Partei verpflichtet Dich, die Arbeitermassen zu mobilisieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0003

Kurze gewerkschaftliche Nachrichten

Achtung, Funktionäre und Betriebsräte des DWB.! Die neue Lohntafel kann nunmehr gegen Vorzeigung eines Verbandsausweises vom Bureau abgeholt werden. Die Nachzahlung für die Zeit vom 20. April bis 17. Mai soll möglichst bis Mittwoch, spätestens aber bis Freitag dieser Woche erfolgen. Mit der Lohntafel sind zugleich Sammellisten für die streikenden Bergarbeiter in Empfang zu nehmen.

Neues vom Tage

Anderthalb Millionen erschwindelt. Die „Norddeutsche Ein- und Ausfuhrgesellschaft" in Berlin, die von einem gewissen Jaques Larmen aus Rumänien sowie von einem Weißmann und einem Gericke geleitet wurde, hat sich als großzügiges Schwindelunternehmen ihrer drei „Direktoren" entpuppt. Sie hatten es verstanden, Waren im Werte von anderthalb Millionen Mark auf Wechsel zu beziehen, ohne einen Pfennig Bargeld aufzuwenden. Die Güter wurden Berliner Spediteuren übergeben und über Triest dirigiert. Von den Spediteuren haben sich die Schwindler auch noch Barvorschüsse auf den Wert der Waren, die in den Balkanländern zahlbar waren, geben lassen. Als einige mißtrauisch gewordene Gläubiger dem Bureau der Gesellschaft einen Besuch abstatteten, fanden sie die Räume geschlossen. In den Wohnungen der Direktoren wurde ebenfalls niemand angetroffen. Alle drei hatten es vorgezogen, das Weite zu suchen. Nur ein kleinerer Teil der Waren konnte auf dem Wege nach Triest noch angehalten werden, der Hauptteil ist bereits verschoben und muß als verloren angesehen werden.

Selbstmord einer Studentin der Medizin. In Köslin verübte die 25 Jahre alte Studentin Erika Wothe Selbstmord. Sie trank Blausäure und stieß sich darauf einen Dolch ins Herz. Die Beweggründe zu der Tat sind noch nicht aufgeklärt. Die Studentin war nervös überreizt, da die Mittel zum Studium nicht mehr aufzubringen waren.

Wieder ein Berliner Bankier verschwunden. Das „Berliner Tageblatt" meldet Gerüchte über das Verschwinden des Inhabers eines bekannten Berliner Bankgeschäftes, der mit einer hohen Summe nach Amerika sich begeben haben soll. Aus Bankkreisen wird dazu mitgeteilt, daß mit dem jetzt Verschwundenen noch ein anderer Bankier mitgefahren ist, von dem behauptet wird, daß er eine staatliche Anstalt um 30 000 Pfund geschädigt habe. Die beiden sind zunächst nach Paris gefahren und dann getrennt nach London gereist. Dort haben sie sich nach Neuyork eingeschifft und sind inzwischen in Amerika eingetroffen.

Sonderangebot
für unsere Leser in schöngeistiger Literatur

Sämtliche Bücher sind durch die **Bezirks-Zentralbuchhandlung** in **Halle, Lerchenfeldstraße 14,** der **Volksbuchhandlung, Harz 42 44,** wie der auswärtigen „Klassenkampf"-Filialen zu beziehen

Artzibaschew, Saanin	4,00	**Frank, Leonhard**, Der Mensch ist gut	1,35	**Marx**, Weib	4,00
Balzac, Ergötzliche Geschichten	6,00	**Gorki**, Meine Kindheit	3,50	**Multatuli**, Max Havelaar	3,00
Balzac, Zwei Frauen	3,00	**Gorki**, Unter fremden Menschen	3,50	**Nexö**, Pelle der Eroberer, 2 Bde.	12,00
Balzac, Der Alchimist	3,00	**Gorki**, Märchen der Wirklichkeit	5,50	**Nexö**, Proletarische Novellen	7,50
Balzac, Der Landarzt	3,00	**Gorki**, Wie ein Mensch geboren ward	5,50	**Nexö**, Familie Frank	5,30
Balzac, Vater Goriot	3,00	**Gorki**, Gesammelte Werke	40,00	**Nexö**, Sühne	2,00
Balzac, Pariser Novellen	3,00	**Heine**, Ges. Werke	5,50	**Nexö**, Passagiere der leeren Plätze	1,20
Balzac, Dunkle Geschichten	2,00	**Henckell**, Ges. Werke	50,00	**Panin**, Die schwere Stunde	1,50
Barbusse, Das Feuer	4,80	**Hoffmann**, Phantastische Geschichten	2,00	**Panin**, Das zaristische Rußland	3,00
Braun, Lily, Ges. Werke	20,00	**Huch, Ricarda**, Michael Bakunin und die Anarchie	6,50	**Proudhon**, Bekenntnisse ein. Revolutionärs	4,50
Biermann, Sonderbare Geschichten	2,00	**Hugo, Viktor**, Die Elenden, 2 Bde.	12,50	**Reed**, Zehn Tage, die die Welt erschütterten	3,00
Diederich, Von unten auf	4,00	**Iwanow**, Farbige Winde	2,40	**Romain Rolland**, Leben des Michel Angelos	5,50
Döblin, Berge, Meere und Giganten	8,50	**Iwanow**, Panzerzug 14—69	1,80	**Romain Rolland**, Russische Erzählungen 2 Bde.	4,20
Dorochow, Golgatha	1,80	**Jung**, Der neue Mensch im neuen Rußland	0,10	**Rubiner**, Kameraden der Menschheit	2,50
Dostojewski, Der lebenslängliche Ehemann	4,50	**Kaus**, Dostojewski	3,50	**Sanson**, Tagebücher der Henker von Paris	12,00
Dostojewski, Brüder Karomasoff, 3 Bde.	15,50	**Kerschenzow**, Das schöpferische Theater	4,00	**Sergejew**, Unteroffizier Poskakuchin	0,60
Dostojewski, Ein Werdender, 2 Bde.	12,00	**Korolenko**, Geschichte meines Zeitgenossen	8,00	**Shaw**, Amateursozialist	2,00
Dostojewski, Raskolnikoff	4,00	**Kropotkin**, Memoiren eines Revolutionärs	12,00	**Sinclair**, Hundert Prozent	3,20
Dostojewski, Aufzeichnungen aus einem Totenhause	4,00	**Landauer**, Der werdende Mensch	7,00	**Sinclair**, Man nennt mich Zimmermann	2,80
Dostojewski, Der Idiot	6,00	**Landauer**, Macht und Mächte	3,00	**Sinclair**, Samuel der Suchende	3,20
Dostojewski, Doppelgänger	4,50	**Libedinski**, Eine Woche	1,80	**Sinclair**, Sumpf	3,20
Dyenko, Rebellen	1,80	**Ljeżkow**, Der Gaukler Pamphalon	2,00	**Sinclair**, Jimmi Higgins	3,20
Frank, Leonhard, Der Bürger	3,60	**Loele**, Züllinger und seine Zucht	1,50	**Sinclair**, Der Liebe Pilgerfahrt	3,20
Frank, Leonhard, Die Räuberbande	4,00	**Luxemburg**, Briefe an Karl u. Luise Kautski	4,00	**Sinclair**, Buch des Lebens, 3 Bde.	7,00
		Sinclair, Parademarsch	2,40		
		Sinclair, Ges. Romane, 3 Bde.	12,00		
		Szasich, Silavus	2,00		
		Standhal, Die Aebtissin von Castro	2,00		
		Stevenson, Südsee Nachtgeschichten	2,00		
		Tolstoy, Chadschi Murat	5,00		
		Tolstoy, Auferstehung	1,70		
		Tolstoy, Anna Karenina	3,00		

Werbt neue Leser und Mitglieder für die KPD.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 061
Unser Sämtl. Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.

15. und 17. Distrikt: Heute, Montag.
18. und 19. Distrikt: Dienstag.
20. und 21. Distrikt: Mittwoch, abends 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.
Mittwoch in allen Distrikten Distriktsversammlungen, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen. Thema: Generalversammlung.
Kommunistische Jugend: Dienstag 7 Uhr auf der Peißnitzinsel. Donnerstag: Halbtagstour ins Blaue. Treffpunkt ½2 Uhr am Hallmarkt.

Halle-Saalkreis

Distrikt Besen: Dienstag abend ½8 Uhr beim Gen. Pilger **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg

Merseburg: Dienstag abend 8 Uhr in der „Funkenburg" **Frauenabend.**

Achtung! Zeitz. Eispavillon!
Erstes und größtes Eisgeschäft am Platze
empfiehlt zum **Volksfest** im **„Tiergartenhof"**
ff. Sahne-Eis (OB)
mit allerlei Fruchtgeschmack
Hugo Göldners Eispavillon
Hauptgeschäft: Lebensmittelhaus, Gewandhausstr. 1.

Tiergartenhof, Zeitz
Tel. 682 5 Minuten vom Bahnhof
Täglich: Künstler-Konzerte
The 4 Jersons Original-Jazzband
Nachmittags 555 Abends

Schreibwaren
Schultafeln usw.
empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Zeitungsträgerin
für **Volleben** gesucht. Meldungen bei **Paul Barth.**

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr:
Höllisch Gold
Hierauf:
Der Herr Kapellmeister.
Mittwoch:
Vetter a. Dingsda
Als perfekte 1773
Damenschneiderin
empfiehlt sich Frau
Luise Stein,
Lessingstraße 5, II.

Sammle
ohne alle
Vereinsbuchmarken
liefert die
Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstr. 14

UT Leipziger Str. 88
Die große **Lustspiel-Woche**
Lachen ist gesund! Wollen Sie lachen? So kommen Sie zu uns!
Der Sensations-Großfilm:
Die Radio-Heirat
Lustspiel in 5 grotesken Akten mit
Eduard von Winterstein
Migo Bard, Albert Paulig
Leo Peukert
in dem Lustspiel in 3 Akten
Gestörte Flitterwochen!
— Beginn 4 Uhr —

WT Walhalla-Lichtspiel-Theater
Zwei Riesen-Sensations-Filmwerke!
Imflammenden Schacht!
Bergwerksfilm in 6 Akten
Der Kindesraub im Zirkus Buffalo!
Sensationsfilm in 4 Akten
— Beginn 4 Uhr —

UT Alte Promenade 11 a
Das schönste Filmwerk der Gegenwart
Die Herrenhofsage!
Nach der Novelle von **Selma Lagerlöf**
In Berlin und Hamburg 6 Wochen auf dem Spielplan
Mutter, weise mir den Weg!
(Freibeuter der Liebe)
Ein Mädchen-Schicksal in 6 Akten
— Beginn 4 Uhr —

1778

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung neuer Fluchtlinien für die Grundstücke Wittekindstraße 11 und Bad Wittekind. 1775

Halle, den 20. Mai 1924

Der Magistrat

Apoldaer Strickwaren
wie: 1776
Damen-Strandjacken, Damen-Jacketts
Damen-Westen, Herren-Westen,
Kinder-Jacketts und dergleichen mehr
in größter Auswahl, billigste Preise
M. Tröstrum
Merseburger Str. 15, Hinterhaus, II.

Anton Cichoszewski
Halle a. d. S., Thomasiusstr. 12, Hof III
führt alle Maßarbeiten und Reparaturen in
Schuhwaren
aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leuna Kreis Merseburg

Die Auszahlung des Krankengeldes, sowie die Entgegennahme von Beiträgen und die Erteilung von Auskünften findet von jetzt an jeden Sonnabend von 9—12 Uhr im Schloß in Lützen statt.
Weiterhin ist unser Bureauosten vom Hause Bismarckstraße 16 abgenommen und im Rathaus in Lützen (neben der Tür zur Wohnung des Herrn Polizei-Betriebs-Assistenten Potzeldt) angebracht worden.
Die Anträge auf Ausstellung von Behandlungsscheinen können von jetzt an auch bei den Aerzten entnommen werden. 561

Leuna Werke, den 23. Mai 1924
Böttcher, Vorsitzender

Bekanntmachung

Das zur Feststellung der Grundlagen für die Ausschreibung der für das Kalenderjahr 1922 aufzubringenden Seuchenentschädigungsgelder aufgestellte Verzeichnis der Besitzer von Pferden usw. und von Rindvieh liegt vom 24. Mai d. J. an 14 Tage lang im Rathause, Zimmer 12, zur Einsicht aus.
Innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei uns schriftlich oder mündlich zu Protokoll erhoben werden. 130

Eisleben, den 22. Mai 1924.

Der Magistrat.

Volkspark
Dienstag: 1774
3. Volkskonzert
— Anfang 8 Uhr —

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 9. Fernsprecher 131.
Gewerbliche Abteilung. a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Fettsieve, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungs- und Bureaugehilfen **Abteilung für Landwirtschaft a) Arbeitsuchende:** Wächter, Gespannführer, Landarbeiter, Schweizer, Schäfer, verh., Gutszimmerleute; **b) Offene Stellen:** Frauen und Mädchen zur Feldarbeit. **Weibliche Abteilung a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen f. Geschäft, Lehrlöchter, Näherinnen, Ostermädchen, Plätterinnen; **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, erfahren im Servieren, Dienstmädchen, ältere, gediente, Frau zum Graben von Gartenland, Gutsmamsell, Hausmädchen für Gut, Köchin und Küchenmädchen in Saisonstelle, Köchin, perfekte, für Krankenhaus, Küchenmädchen für Gut, Maschinenschreiberin, Näherinnen
Arbeitsuchende, vor allem Handwerker, die zurzeit in anderen Berufen beschäftigt sind, können sich zur Vermittlung in ihrem Beruf, nach hier und auswärts, vormerken lassen. 129

Zeitungsträger
für **Voigtstedt** per sofort gesucht
Meldungen beim Verlag „Klassenkampf", Halle a. d. Saale

Zeitungsträger
für **Klostermansfeld** gesucht
Meldungen bei Anna Rämer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0004

Nr. 71 — 4. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

26. Mai 1924

Halle und Saalkreis

Gegen die Spalter im Mieterverband

Vom Vorstand des hallischen Mieterverbandes wird uns geschrieben:

Die Behauptungen in Nr. 118 des hiesigen „Volksblattes" vom 22. Mai und in Nr. 121 der „Hallischen Nachrichten" vom 23. Mai bedürfen der Richtigstellung.

Die parteipolitische Neutralität des Mieterverbandes Halle (Mitteldeutscher Mieterverband) erweist sich wohl am besten durch die Zusammensetzung seines Vorstandes. Neun bürgerlichen stehen fünf linksgerichtete Herren gegenüber; nämlich vier Mitglieder der KPD. und ein Mitglied der USP. Nach Berufsständen gegliedert sind vertreten sechs Beamte, drei Gewerbetreibende, drei Angestellte, ein Arbeiter und ein Schlosser.

Eigenartig muß es berühren, wenn Herr Langheinrich, der noch Ende April sich um eine Mitgliedskarte der KPD. bemüht hat, sich berufen fühlt, einen überparteilichen, sogenannten „bürgerlichen" Mieterverband zu gründen, der lediglich wirtschaftspolitischen Zwecken, dienen soll. Wirtschaftspolitischen Zwecken, jawohl, aber nur seinen eigenen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Mieterverband trat Herr Langheinrich nämlich an denselben heran, ihm weiterhin, wenigstens dem Namen nach, als Vertreter der Organisation gelten zu lassen. Er brauchte die Organisation, um nicht als Rechtskonsulent vor den ordentlichen Gerichten zurückgewiesen zu werden (§ 157 ZPO.). Der Verband mußte das ablehnen. Nach dem vergeblichen Versuch einer Spaltung des Vorstandes und einmütiger Zurückweisung durch die bürgerlichen Vorstandsmitglieder versucht es Herr Langheinrich nun auf diese Weise.

Mieter, laßt Euch nicht irre machen! Euer Name und Euer Geld soll dazu dienen, ihm die Existenzmöglichkeit als Rechtskonsulent zu gewährleisten. Bleibt Eurem alten Verband treu, der allein nur imstande ist, die Mieterinteressen nachdrücklich zu vertreten, besonders durch seinen Anschluß an die Reichsorganisationen (Berlin und Dresden). Die Vertretung in allen Rechtsangelegenheiten liegt bei Herrn Referendar Schnur in sachkundigen Händen. Die Geschäftsstelle befindet sich auch weiterhin Harz 42/43, Zimmer 14. Sprechzeit täglich von 4 bis 7 Uhr, außer Sonnabend.

Die nächste Versammlung am 2. Juni 1924, 8 Uhr abends im „Volkspark", wird Aufklärung bringen über die Machenschaften des Herrn Langheinrich.

„Volksblatt"-Methoden

Unter der Ueberschrift „Strafe muß sein" glaubt das „Volksblatt" albern-blödsinnige Bemerkungen an die Mandatsniederlegung des Genossen Schumann knüpfen zu müssen. Dabei weiß es ganz genau, daß Genosse Schumann sein Reichstagsmandat nur aus dem Grunde niedergelegt hat, weil er bekanntlich schon im Preußischen Landtag sitzt und die Kommunistische Partei nicht das bei Sozialdemokraten beliebte System der Doppelmandate einzuführen gedenkt. Wenn die „Volksblatt"redakteure dann von einer Strafversetzung Schumanns faseln, so ist das, kurz gesagt, eine unverschämte Lüge. Genosse Schumann übt nach wie vor seine ihm von der Partei übertragene Funktion in Berlin aus. Wenn wir das hier feststellen, so wahrhaftig nicht deshalb, um uns vor dem „Volksblatt" zu rechtfertigen. Dazu ist es doch zu unbedeutend. Mit einem Blatt uns auseinanderzusetzen, das einen proletarischen Kämpfer, den Genossen F. Menzel verhöhnt, der, wie so viele Tausende unserer Genossen nun jahrelang im Gefängnis über die „Arbeiterfreundlichkeit" der Severing-Runge-Republik nachdenken kann — mit einem solchen Blatt uns auseinanderzusetzen, lehnen wir ab. Nur darum muß man sich mit dieser Journaille befassen, um ihrem Gift Gegengift zu geben, um Menschen, die immer noch alles glauben, was schwarz auf weiß gedruckt steht, über die berufsmäßige Verleumderei sogenannter Sozialdemokraten aufzuklären.

Sie spielen Opposition.

Nämlich die Herren auf dem Harz. Hat da die Berliner Filmprüfungsstelle, welche fast nur aus Bürgerlichen zusammengesetzt ist, den Film von der Moltkedenkmalseinweihung verboten. Denselben Film, der von dem Auch- und Bauchsozialdemokraten Runge ausdrücklich genehmigt worden war. Das sucht nun die „Volksblatt"-Leute ganz schrecklich. Wenn schon das Verbot erfolgte, dann hätte es doch der „Genosse" Polizeipräsident verfügen sollen. So könnte man zeigen, daß die Sozialdemokraten auch gegen die Reaktion sind. Aber jetzt diese Blamage. „VSPD.-Runge genehmigt reaktionäre Filmvorführungen — die bürgerliche Filmprüfungsstelle verbietet sie. Das ist selbst dem „Volksblatt" zu viel. Ihm ist es „unverständlich, wie das hallische Polizeipräsidium überhaupt dazu kommen konnte, die Genehmigung zur Aufführung dieses Machwerkes zu erteilen". Es mußte doch auch dem verantwortlichen Leiter der hallischen Polizei klar geworden sein, was die Monarchisten mit der Vorführung dieses keineswegs harmlosen Filmstreifens beabsichtigen. In diesem Tone geht es weiter. Uneingeweihte werden über diese äußerlich scharfe Sprache vielleicht erstaunt sein. Ach, sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß dieser Ton nur aus Prestigerücksichten angeschlagen wird. Es ist die Angst, daß selbst dem orthodoxesten VSPD.-Mitgliede die Einsicht kommt, daß Herr Runge und die übrigen sozialdemokratischen Führer reaktionärer sind als der Steiß irgendeines Großagrariers. Jetzt mimen sie Radikalismus. Dabei hüten sie sich, auch nur den Namen ihres ehrenwerten Parteigenossen zu nennen. Wie sollten sie auch! Fühlen sie sich doch innig mit ihm verbunden. Daran ändert ihr jetziges Getue nichts. Oder haben die Schreiber des „Volksblatts" jemals gegen die proletarierfeindlichen Maßnahmen des Runge protestiert? Haben sie angesichts des Arbeitermordens seitens der Schupo, für das eben derselbe Sozialdemokrat Runge voll verantwortlich ist, ihm die Wut und Flüche der arbeitenden Massen entgegengeschleudert? Keinen Ton haben sie gesagt!! Nicht den Finger gerührt haben sie!! Und mögen sie jetzt auch aus Konjunkturrücksichten einige unwillige Worte herauszuquetschen — das nimmt doch kein Mensch mehr ernst.

3. Konzert im „Volkspark"

Am Dienstagabend findet das dritte Konzert des Wittekind-Orchesters unter Leitung des Dirigenten Benno Plätz statt. Es ist erfreulich, daß die Besucherzahl gestiegen ist. Zur weiteren Durchführung der Konzerte ist aber nötig, daß der Besuch noch ein besserer wird. Der Arbeiterschaft ist durch diese Konzertvorstellung Gelegenheit gegeben, wirklich erstklassige Kunst in ihrem eigenen Heim zu genießen. Das Programm ist auch in diesem Konzert ein gut gewähltes. Das Konzert wird eröffnet durch den „Einzugsmarsch der Gäste auf der Wartburg" aus Tannhäuser, ihm folgt die Ouvertüre „Die lustigen Weiber von Windsor", hierauf eine Volksszene aus der Oper „Der Evangelimann" von Kinzel, als Schluß eine Rhapsodie über schwäbische Volkslieder von Kämpfert. Im zweiten Teil wird neben der Ouvertüre „Euryanthe" von Weber der Stabstrompeter des Orchesters, Herr Gerber, zwei Trompetensolo blasen, und zwar „Wiegenlied" von Brahms und Scherzo. Es folgt hierauf die rauschende Hochzeits-Einladungsmusik zum 3. Akt aus „Lohengrin" und als Ergänzung für die mit großem Beifall im zweiten Konzert aufgenommene 2. Rhapsodie von List, jetzt die 1. ungarische Rhapsodie in F-Dur. Der dritte Teil enthält „Wiener-Musik", Ouvertüre zur Operette „Waldmeister" und den Walzer „An der schönen blauen Donau" von Johann Strauß. An der Abendkasse werden noch Abonnements angenommen. Teilzahlungen gestattet.

* **Heeresrentenzahlung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Juni findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 28. Mai für die A-Rentenempfänger; am 30. Mai für die H-Rentenempfänger; am 31. Mai für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 bis 2 Uhr.

* **Volkshochschule.** In der Reihe der Einzelvorträge spricht am Montag, dem 26. Mai, Herr Schulrat Koße über das Thema: „Aus Kultur und Geschichte des Biedermeier". Für diese Vorträge sind von jetzt ab auch Einzelkarten (75 Pf.) abends erhältlich.

Zur
Betriebszellen-Werbe-Woche
vom 25. bis 31. Mai
braucht Ihr
Instruktion über den Aufbau der Betriebszellen
und ihre praktische Arbeit als Grundeinheit der Organisation
Preis Mk. 0,30
Richard Gyptner
Vom Verein zur Massenorganisation
Die Betriebszelle d. kommunistischen Jugend
Preis Mk. 0,20
Zu beziehen durch jede kommunistische Buchhandlung
*376 oder direkt vom
Verlag der Jugend-Internationale
Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63

* **Volkspark.** Die an der letzten Sitzung teilgenommenen Vorstände sämtlicher Arbeiter-Sport-Kartelle, Arbeiter-Kultur-Kartell und deren in Betracht kommenden Korperationen haben gegen die neue hohe Lustbarkeitssteuer Stellung genommen und eine Kommission gewählt, die eine Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer beim Magistrat beantragen soll. Weiter ist über die Musikertage gesprochen und festgelegt worden, daß sämtliche im „Volkspark" tagende Vereine verpflichtet sind, die von der Volksparkverwaltung zusammengestellte Kapelle in Anspruch zu nehmen. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Vereine vor Abhaltung ihrer Veranstaltung mit der Geschäftsleitung in Verbindung setzen. Im Interesse der Geschäftsleitung und der Vereine haben sich die Vereinsvorstände verpflichtet, die Garderobe bei ihren Veranstaltungen mit zu übernehmen. Die Entschädigungssätze für die Säle sind dann auch herabgesetzt worden und können im Bureau eingesehen werden.

* **Bad Wittekind.** Für die Frühkonzerte in Wittekind sind die Programme besonders gewählt gehalten. An Wochentagen wird sinfonische Musik bevorzugt. Insbesondere an den Mittwochen wird Kapellmeister Plätz mit dem vollbesetzten Orchester Sinfonien in den Mittelpunkt des Programmes stellen. In dieser Woche wird Mittwoch die Ouvertüre „König Stephan" (Beethoven), die Sinfonie Nr. 6 (Haydn) mit dem Paukenschlag und der Lannersche Walzer „Die Schönbrunner" gespielt. Vom 1. Juni an beginnen die Frühkonzerte um ¾7 Uhr.

* **Gestohlene Fahrräder bei der Polizei.** Bei der Kriminalpolizei befinden sich eine größere Anzahl Fahrräder in Verwahrung, deren Eigentümer nicht bekannt sind. Diejenigen Personen aus Halle oder Umgegend, denen innerhalb der letzten drei Monate Fahrräder gestohlen sind, werden gebeten, sich während der Dienststunden an den nächsten Wochentagen von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr im Polizeidienstgebäude, Zimmer 68, zur Besichtigung der Fahrräder einzufinden.

Theater und Konzerte

Volksbühne. Einführung der 10. Beitragsmarken. Als 10. Merk der ersten Reihe wird „Die Fledermaus", Operette von Johann Strauß, gegeben. Es sind vorläufig vier Aufführungen vorgesehen. Einführungstermin für Mk. 6 bis 9 vom 24. bis 31. Mai; für J und K 24. Mai bis 10. Juni. Die Mitglieder der Theatergemeinden L, M und N werden gebeten, ihre Wünsche betr. Spieltag vom 24. Mai bis 2. Juni, in der Geschäftsstelle zu äußern. Einheitspreis 1,50 Mk. Als 10. Merk der zweiten Reihe wird „Kolportage", Komödie von Georg Kaiser, gegeben. Es sind vorläufig drei Aufführungen vorgesehen. Einführungstermin für A bis K 24. Mai bis 2. Juni. Einheitspreis 1,50 Mk. Spieltage: „Wallensteins Tod", Montag, den 26. Mai, (A); „Dällisch Gold" und „Der Herr Kapellmeister", Sonnabend, den 31. Mai (E).

Volksbühne. Zu dem Franz-Schreker-Abend am Sonnabend, dem 31. Mai, abends 8 Uhr, in der Aula der Universität, der vom „Hilfswerk für Musikinstandschaft" veranstaltet wird, sind Karten für Mitglieder zu 1,50 Mk. und 75 Pf. in der Geschäftsstelle zu haben. Franz Schreker spricht über „Meine Jugend- und Entwicklungsjahre" und liest seine Opernbdichtung „Der rote Tod". Frau Marie Schreker singt Lieder des Komponisten

Aus der Filmwelt

Japan: Land und Leute.

Am Freitagabend lud die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Lichtbildwesens in Erziehung und Unterricht zu einem interessanten Lichtbildervortrag über obiges Thema ein. Redner war Verleger Lampe aus Berlin. Die Filme zeigen nicht nur das Japan von heute bzw. vor dem schweren Erdbeben, sondern sie sind auch japanisches Fabrikat. Und es muß gesagt werden, daß sie, abgesehen von der richtig und raffiniert gewählten Ausschnitte, als auch die Folge der einzelnen Motive sind gut und entsprechen unserem Geschmack. Wir sahen Jokohama und Tokio, die Gesamtanlagen wie Details. Wir nahmen teil an dem täglichen Leben, tschechoten durch die Straßen, besuchten Bahnhöfe, Reisebureaus, Hotels usw. Wir fühlen uns hier wohl, und wenn die englischen und japanischen Aufschriften nicht überall prangten, kann man denken, in Berlin zu sein. Und das war das Wesentliche in diesem Film. Das alte Japan verschwindet mehr und mehr und macht der amerikanisch-europäischen Zivilisation Platz. Auch die Kleidung ist europäisch, und das Auto beherrscht die Straße. Der moderne Japaner besteht gewissermaße aus zwei Hälften: Am Tage im Geschäft, beim Diner usw. ist er Europäer: Smoking, Zylinder usw., zu Hause ist er Japaner in der Landestracht, nimmt hockend seinen Tee, hat sein leichtes Nationalessen. Selbst in der Kindererziehung ist Europa Trumpf. Interessante Bilder aus einem Kindergarten und Elementarschulen zeigen uns das Wesentliche. Neben der japanischen Schrift und Sprache, die so ganz anders als unsere sind, müssen die Kinder auch englisch von links nach rechts schreiben und auf einem richtigen Stuhle sitzen lernen. Sport wird außerordentlich viel getrieben. Jedenfalls gewinnt man in allem die Ueberzeugung, daß der Bestand des alten Japan nur noch eine Frage der Zeit ist. Neben diesem wurde uns auch ein Stück Alt-Japan gezeigt. Die bekannte Form japanischer Baukunst aus der Blütezeit um 1600. Besonders reich und interessant ist Nikko, die Stadt der heiligen Tempel. Hier mit Erklärungen einzusehen.

Zum Schluß sei noch die japanische Fabrikation und Seidenraupenzucht hervorgehoben, wo auch die Handarbeit der Maschine Platz machen muß. Proletarische Männer und Mädchen verrichten auch wie bei uns die schlecht bezahlte Arbeit. Der internationale Kapitalismus, dem auch Japan zum Opfer fällt, erfüllt seine historische Aufgabe, indem er durch Typisierung der Wirtschaftsform in der ganzen Welt die Völkergrenze immer mehr verwischt und neben einem, dem rein Taktischen entsprungenen Pazifismus auch gleiche Lebensmomente und kulturelle Aufgaben in der ganzen Welt schafft (nicht löst), und überall die leidenden Volksmassen, allerdings arbeiterlichen aber verhetzungsvollsten Kämpfe gegen die Unterdrückung aufgenommen hat. Denn das ist der Mangel an dem Film, daß er nicht das Volk in seinem ärmlichen Alltage zeigt, wie es arbeitet, um eine Existenz zu erreichen, an der sie selbst keinen Anteil hat.

Ammendorf. Eine Erwerbslosenversammlung findet am Mittwoch, dem 28. Mai, abends ½8 Uhr, im „Elsertal" statt. Auch alle Kurzarbeiter haben mit zu erscheinen, ebenfalls der Wirtschaftsausschuß.

Ammendorf. Gemeindevertretersitzung. Am 22. Mai fand die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertreter statt. Zuerst wurde die Schöffenwahl getätigt mit folgendem Ergebnis: KPD. 12, USPD. 5, Bürgerlicher Ordnungsblock 10 Stimmen. Somit sind als Schöffen gewählt: Pilger, Denkewitz und Körnig von der KPD., Wolf von der USPD. und Möbius und Wendsch vom Ordnungsblock. Bei dichtbesetztem Zuhörerraum wurden dann die neugewählten Gemeindevertreter eingeführt. Nach dem Genosse Pilger die völlig unbewiesenen Denunziationen und Anschuldigungen der Bürgerlichen während des Wahlkampfes zurückgewiesen hatte, machten die Vertreter der Bürgerlichen Zurückzieher auf Zurückzieher. Dann wurde die Wahl der Kommissionen vorgenommen. In die Finanz- und Etatskommission wurden gewählt: Haring, Hartmann und Kichöfel von der KPD. sowie einer von der USPD. und zwei Mitglieder vom Ordnungsblock; in die Bau- und Friedhofskommission: Hoffmann, Kosch und Keil (KPD.), ein Sozialist und zwei Ordnungsblockleute. Die Beleuchtungs- und Wasserversorgungskommission setzt sich aus den kommunistischen Mitgliedern der Bau- und Friedhofskommission sowie einem Sozialdemokraten und zwei Ordnungsblockmitgliedern zusammen. In der Wohlfahrts- und Unterstützungskommission sitzen die kommunistischen Vertreter: Pfeffer, Graf und Martha Dietrich, die auch Mitglieder der Wirtschafts- und Sozialkommission sind, sowie ein Sozialdemokrat und zwei vom Ordnungsblock. Pilger, Quadowski und Friedel sowie zwei USPD. und ein Mitglied des Ordnungsblocks bilden den Schulvorstand der Berufsschule. Die Kommunisten Schiepe, Weitzmann, Quadowski und Hartmann sind als Mieter, Kettmann, Albert Rothe und Friedel als Vermieter in der Wohnungskommission, außerdem drei Sozialdemokraten und sechs vom Ordnungsblock. Bezeichnend war das Verhalten der Sozialdemokraten bei der Bestätigung der Anstellung des Gemeindesekretärs Kleinschmidt. Noch kurz vor der Sitzung hatten sich die USPD.-Vertreter heftig gegen die Anstellung dieses Bürgerlichen gewandt. Aber bei der für die Sozialdemokraten geradezu schon traditionell gewordenen Geschicklichkeit im Umfallen nach der bürgerlichen Seite stimmten sie plötzlich während der Sitzung für Kleinschmidt, der mit 16 gegen 12 Stimmen der Kommunisten gewählt wurde. So verstand es die „proletarische" Sozialdemokratie wieder einmal, die Wahl eines wirklich proletarischen Gemeindesekretärs zu verhindern.

Seeben. Gemeindevertretersitzung. Am Mittwoch fand die erste Gemeindevertretersitzung mit den neuen Gemeindevertretern statt. Die KPD. ging bei der Reichstags- und Gemeindewahl in unserem Ort als stärkste Partei hervor. Das Ergebnis zur Gemeindewahl war folgendes: KPD. 369 Stimmen (6 Vertreter), Nationaler Block 148 Stimmen (2 Vertreter), Mittelstandsliste 73 Stimmen (1 Vertreter). Das hatten natürlich die Spießbürger und Stahlhelmer von Seeben nicht erwartet. Eine Viertelstunde vor der Wahl wollte der Ober-Stahlhelmer Günther die Wählermassen durch ein mit folgender Aufschrift angefertigten Plakat von den Kommunisten abschrecken: „Wählt Ihr die Liste Würker, Binner und Genossen, dann seid Ihr bestimmt erschossen. Wählt Ihr die Liste 3 (Stahlhelmliste), ist's mit der Schweinerei vorbei." Es ist aber anders gekommen. Jetzt sind der Stahlhelmführer Günther, Böttcher und Boeker erschossen. Die Wählermassen von Seeben haben begriffen, wer ihre Helfer und wer ihre Unterdrücker sind. Das Sitzungszimmer war bis auf den letzten Platz von Proletariern gefüllt. Genosse Würker gestellte hierauf scharf das bestehende kapitalistische System und betonte, daß auch das Parlament nicht die Stätte ist, durch die dem Proletariat geholfen werden kann, sondern, daß es nur eins geben kann: Schluß mit der kapitalistischen Mißwirtschaft, durch die das Proletariat noch tiefer in das Elend geführt wird. Her mit der proletarischen Diktatur. Zum Schluß gab Genosse Würker folgende Erklärung ab: „Die kommunistische Fraktion erblickt im Gemeindeparlament, wie in jedem andern Parlament des bürgerlichen Staates, ein Instrument zur Verhüllung der kapitalistischen Diktatur. Darum erklärt die Kommunistische Partei den proletarischen Massen, daß sie ausgebeutet werden und von einem solchen Parlament nichts zu erwarten haben. Nur durch rücksichtslosen Klassenkampf zum Sturz der bürgerlichen Ausbeutergesellschaft vermag das Proletariat seine Geschicke zu ändern. Als die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind die Kommunisten nur darum ins Parlament gegangen, um sie als Deckmantel der kapitalistischen Klassenherrschaft zu entlaven. Die kommunistischen Gemeindevertreter sind für ihre Tätigkeit nur der Kommunistischen Partei und den proletarischen Massen verantwortlich." Diese Erklärung wurde mit zwei Stimmenhaltungen zu Protokoll genommen. Darauf folgte die Wahl des Gemeindevorstehers. Es wurde der bisherige Gemeindevorsteher Mödig wiedergewählt (mit 9 Stimmen). Als zweiter Punkt folgte die Schöffenwahl. Genosse Binner behielt sein Amt als erster Schöffe bei. Als zweiter Schöffe wurde Genosse Zubiller und als Ersatzschöffe Genosse W. Kunze gewählt. Zwei Anträge des Gemeindevorstehers, auf Anlegung einer Flügelpumpe in die Wohnung des Pumpenwärters, und die weitere Pachtung der Buschwiese wurden einstimmig angenommen. Der nächste Punkt: Beschlußfassung über den Anstellungsvertrag des Nachtwächters wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, da unsere Vertreter nicht zustimmen konnten, daß dem Nachtwächter und Gemeindediener ein Lohn in Höhe des Landarbeitertarifes gezahlt werden kann, womit überhaupt kein Mensch auskommt. Dann ging Genosse Würker noch auf die faschistischen Umtriebe in unserem Ort ein. Er forderte, daß in Zukunft dagegen etwas unternommen wird, wenn es der Nachtwächter nicht schafft, dieses Gesindel in Schach zu halten, dann soll man die Arbeiterschaft heranziehen, die wird mit diesem Mörderpack schon aufräumen. Nach Erledigung verschiedener kleinerer Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen. Die Vertreter des Nationalen Blocks schlichen, ohne den Mund in der Sitzung aufgetan zu haben, hinaus. So muß es auch sein.

Löbejün. Am 15. Mai, abends, besuchte der Parteigenosse Schönburg seine Braut in dem benachbarten Orte Schkeitau. Ohne jeden Grund wurde er plötzlich von einer 12 Mann starken Wehrwolfmeute unter Führung eines gewissen Siegmater, aus dem Ort getrieben. Der Mordpöbel verfolgte den Genossen noch weiter und schoß sogar hinter ihm her. Am anderen Abend zogen einige Genossen nach Schkeitau, um sich dieses feige Mordgesindel einmal aus der Nähe anzusehen. Aber niemand von diesen Wehrwolfshelden ließ sich blicken. Sie haben schon einmal am eigenen Leibe erfahren, wie Prügel von Proletariern schmecken. Wenn ihnen das Fell juckt, bitte, die Arbeiter verkriechen sich [illegible]

Aus der Provinz

Die Mansfelder Arbeiter wollen den Achtstundentag

Aus Eisleben wird uns geschrieben:

Dieser Tage fand auf dem Dietrichschacht eine Abstimmung statt über die Wiedereinführung des Achtstundentages. Von 157 abgegebenen Stimmzetteln waren 147 für den Achtstundentag, acht Zettel waren ungültig und zwei unbeschrieben. Ganz abgesehen von der allgemeinen Forderung der Arbeiterschaft auf Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit hat zur Abstimmung noch ein besonderer Vorgang geführt. Anfangs Dezember vergangenen Jahres war ein Aushang der Werksleitung erschienen, in dem die zehnstündige Arbeitszeit verlangt wurde. Die längere Arbeitszeit sollte dementsprechend vergütet werden. Am anderen Tage setzte die Werksleitung eine andere Bestimmung über die Bezahlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240526-11/fragment/page=0005

fest. Unter der Belegschaft herrscht große Empörung, denn die seinerzeit zugesagte Mehrbezahlung ist bis jetzt ausgeblieben; heute noch warten die Arbeiter auf das Geld für die geleistete Mehrarbeit. Weiter besagte ein Aushang der Werksleitung, daß bei Leistung von Ueberstunden keine Feierschichten eingelegt würden. Trotzdem sind aber zwei Feierschichten eingelegt worden. Auf Grund dessen fordert die Belegschaft nunmehr die Einstellung der Ueberschichten.

Aus Vorstehendem ersieht man, wie die Arbeiter von den Grubenprotzen betrogen und belogen werden. Diese denken gar nicht daran, ihre Versprechungen zu halten. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiterschaft unter die Knute gezwungen ist, dann glauben die Herrlichsten sich alles leisten zu können. Aber die Geduld der Arbeiter hat einmal ein Ende, und dann wird den Ausbeutern die Rechnung präsentiert. Die Belegschaft muß einmütig den Kampf durchführen für die erhobenen Forderungen. Fort mit der Ueberstundenarbeit, her mit dem Achtstundentag!

In der Kalifabrik Unterrißdorf, wo dieselben Mißstände zu verzeichnen sind, hat gleichfalls eine Abstimmung stattgefunden. Es wurden 136 Stimmzettel abgegeben. Davon lauteten 126 für achtstündige Arbeitszeit und fünf für zehnstündige; fünf Zettel waren ungültig.

Die übrige Arbeiterschaft muß sich diesen Vorgeben sofort anschließen. Der von den Kapitalisten mit Hilfe der Reformisten geraubte Achtstundentag muß zurückerobert werden!

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Am 23. und 24. Mai fand in Hamburg die 45. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege statt. Nach einem Berichte des Oberbürgermeisters D. Rive (Halle) über 50 Jahre Arbeit des Vereins sprachen am ersten Verhandlungstage Stadtrat Dr. Schlosser (Frankfurt a. M.) und Professor Dr. Bersmann (Hamburg) über die Frage: „Welches sind heute die dringlichsten Aufgaben der Kommunalhygiene". Eine dieser dringlichsten Aufgaben, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, bildete den Gegenstand der Verhandlungen des zweiten Tages. Professor Dr. Jadassohn (Breslau), einer der Schöpfer des vom Reichstag verabschiedeten, aber im Reichsrat stecken gebliebenen Gesetzentwurfes, sprach eingehend über den Entwurf und stellte die Forderung der Wiederaufnahme der gesetzgeberischen Aktion auf. Der Vertreter des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, Geheimer Regierungsrat Dr. Hübener (Merseburg), erörterte die Voraussetzungen, von denen der Erfolg oder Mißerfolg des Gesetzgebungswerkes abhängen wird. Entsprechend waren alle Vorschläge des Redners auf den Gedanken abgestimmt, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Volkssache zu machen.

Voraussetzung hierfür ist Aufklärung der Bevölkerung, nicht Aufklärung im Sinne einer „sexuellen Aufklärung" über Zeugung, Empfängnis und Geburt, sondern im Sinne weitester Verbreitung nüchterner Kenntnis der Verbreitung und der Gefahren der Geschlechtskrankheiten, sowie der Möglichkeiten der Heilung und Verhütung. Wichtiger als die Aufklärung ist die Willensbildung zu Reinheit und Zucht. Redner warnt aber eindringlich vor der Gefahr falscher Scham, die zwar nicht vor leichtfertigem Verkehr und Ansteckung schützt, aber freimütiges Eingeständnis und damit rechtzeitige Behandlung hindert. Die wirksamste Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist die Heilung der Kranken. Diese erfolgt leider nicht immer so, wie es der Stand der Wissenschaft ermöglicht, weil nicht alle Aerzte, besonders solche auf dem Lande und in kleinen Städten, die Diagnose und Therapie völlig beherrschen. Deshalb hat der Provinzialverband von Sachsen im November 1923 ärztliche Fortbildungskurse veranstaltet, die von 500 Aerzten der Provinz besucht wurden und im Juni dieses Jahres wiederholt werden sollen.

Aufklärung, Erziehung und Heilkunde schaffen die Voraussetzung zur Wirksamkeit des Gesetzes. Ausführung des Gesetzes und überhaupt die systematische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten obliegen aber der öffentlichen Gewalt. Das Reich muß sich — schon mangels eigener Verwaltungsorganisationen — auf die oberste Leitung des Kampfes mittels der Gesetzgebung und auf Förderung von Lehre und Forschung beschränken. Die Hauptarbeit obliegt Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden. Der Vorrang gebührt den Gemeinden, denn sie haben in der Fürsorge für Irre, Sieche, Taube und Blinde und für die moralischen Opfer der Seuche die Kosten zu tragen. Andererseits haben sie als Träger von Erziehung und Gesundheitspflege wichtige Mittel zur Abhilfe in der Hand. Die weiteren Kommunalverbände, Kreise und Provinzen, haben dort einzutreten, wo die Aufgaben über den örtlichen Rahmen hinausgehen. Die Länder haben als Träger der Polizei, insbesondere der Gesundheitspolizei, und der Schulaufsicht den Kommunen als höchstverantwortlichen Trägern der Aufgaben hilfreiche Hand zu leisten, im übrigen sollten sie sich auch auf diesem Gebiete auf die allgemeine Kommunalaufsicht beschränken.

Wenn so der Schwerpunkt der praktischen Arbeit bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden liegen muß, liegt die Erwägung nahe, ob es nicht auch richtig ist, die Entscheidung über die Einführung wesentlicher Vorschriften des Gesetzes, die dann im Reichsgesetz fakultativ gefaßt werden könnten, den Gemeinden vorzubehalten, so die Frage der Anschließung der nicht als Aerzte approbierten Personen von der Behandlung der Krankheit, ferner die Frage der Meldung aller Erkrankten an die Gesundheitsbehörden, endlich die Frage der Konzessionierung und Reglementierung der Prostitution. Gewiß würde bei selbständiger Regelung dieser Fragen in den Gemeinden und Kreisen die Einheitlichkeit des Vorgehens beeinträchtigt werden. Es würde auch unzweifelhaft in die Kommunalverwaltungen eine Menge Zündstoff hineingetragen werden. Aber es würde auch erreicht werden, daß der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zum Verhandlungsgegenstand aller öffentlichen Körperschaften wird, und daß dadurch die Bewegung zur Volksbewegung wird.

Merseburg-Querfurt

Leuna. Einen Betriebsunfall erlitt in Neu-Rössen der Arbeiter Hermann Kramer, Vater von vier Kindern, aus einem Orte bei Weißenfels, bei der Firma C. Brömme. Er geriet in die Betonmischmaschine. Dem Bedauernswerten wurde der linke Arm vollständig zermalmt. Daß das Unglück geschehen ist, ist noch nicht festgestellt.

Lützen. Die VSPD. als „Arbeitervertreter". In der am Donnerstag stattgefundenen Stadtverordnetensitzung haben die beiden hiesigen VSPD.-Vertreter bewiesen, daß sie nicht daran denken, wirkliche Arbeiterinteressen zu vertreten. Das beweist am besten ihr eingegangenes Bündnis mit der hiesigen bürgerlichen Mehrheit bei der Wahl von Mitgliedern zu den einzelnen Deputationen. Da die beiden VSPD.-Vertreter infolge der Verhältniswahl keine Aussicht hatten, in die einzelnen Deputationen einen Vertreter entsenden zu können, sind diese Leutchen auf den famosen Gedanken gekommen, sich bei der bürgerlichen Fraktion anzubetteln, damit diese doch so gnädig sei, ihnen einige Sitze zu überlassen. Die bürgerlichen Herren, welche sich darüber klar waren, daß ihnen ein VSPD.-Mann in einer Deputation nicht gefährlich sein kann, haben dann ohne weiteres dem Wunsche dieser „Arbeitervertreter" gnädigst entsprochen, in der Hoffnung, daß sich diese beiden Arbeitervertreter auch erkenntlich zeigen. Dieses Schmarotzen der VSPD.-Vertreter hat der hiesigen Arbeiterschaft wieder gezeigt, daß diese Leute gar nicht daran denken, den Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu führen. Daß die bürgerliche Gesellschaft gar nicht daran denkt, diesen Arbeitervertretern einen gewissen Einfluß zu gewähren, beweist am besten, daß man den VSPD.-Leutchen keinen Sitz im Magistrat überlassen hat. Auch in den Steuerausschuß haben sich die bürgerlichen Vertreter schwer gesträubt, einen VSPD.-Mann mit hinein zu nehmen; in solchen wichtigen Körperschaften brauchen diese Herrschaften keinen VSPD.-Mann, da sind sie lieber unter sich. Bei der Wahl des Magistrats entfielen auf den Wahlvorschlag der Bürgerlichen acht Stimmen oder zwei Sitze, auf unseren Wahlvorschlag die fünf Stimmen unserer Genossen oder ein Vertreter. Auch hier hatten die VSPD.-Leute nicht den Mut, für die Arbeitervertreter zu stimmen, sondern enthielten sich der Stimme. Von unserem Wahlvorschlag gilt der Genosse Winkler als gewählt. Bei der Wahl der Beigeordneten erhielt Herr Bock die acht Stimmen der Bürgerlichen, von unserer Fraktion und der VSPD. wurden weiße Zettel abgegeben. Auch diese Sitzung hat gezeigt, daß die hiesigen VSPD.-Leute nicht den Mut haben, gegen die bürgerliche Gesellschaft zu kämpfen. Wir empfehlen der Arbeiterschaft, die Sitzungen recht zahlreich zu besuchen, um sich zu überzeugen, wie sie im Stadtparlament vertreten wird.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik. Ueber die am vergangenen Mittwoch stattgefundene Schuhmacherversammlung veröffentlichten die Schwesterzeitungen der Zeitzer „Volksbote" und das Weißenfelser „Tageblatt" Artikel, die treffend die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik kennzeichnen. Wenn man von „Uebertrumpelungsmethoden", von „Beschimpfungen", vom „Rückgang der Mitgliederbewegung" spricht, so sind das längst widerlegte Lügen. Das sachlich gehaltene Referat des Genossen Beuthan, welches mit aller Schärfe die Brutalität der kapitalistischen Ausbeutung kennzeichnete, fand allgemeine Zustimmung. Wenn nun die Menschewisten Knorr und Engel mit ihren Ausführungen die Geduldsprobe der Kollegen mißbrauchten und die Versammlung elementar verlangte, daß Engel abtreten solle, war natürlich der Kollege Koch gezwungen, die Versammlung entscheiden zu lassen. Den Gipfel der Frechheit beschritt der Menschewist Demberger bei seinen Ausführungen über den Bau eines Gewerkschafts-Genossenschaftsheims. Demberger will mit seiner Kommunistenhetze den Beweis erbringen, daß er fähig ist, einen Posten als Gewerkschaftsangestellter zu bekleiden. Wenn nun unser Genosse Busch ihm die Niedrigkeit seiner Gesinnung entgegenhielt, so kann er nur von Glück sagen, daß revolutionäre Arbeiter mit ihm nicht so abrechneten, wie er es wert war. Mit den paar Menschewisten, welche der gutbesuchten Versammlung ihren Charakter nahm, solle man bei Wiederholung kurzen Prozeß machen. Jeder Kollege hat das Recht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, und alle Kollegen werden dies unterstützen. Wenn aber eine Handvoll Leute, unterstützt und geschoben von dem Artikelschreiber im „Tageblatt", den früheren Angestellten Clebowitz, eine systematische Hetze gegen die kommunistische Ortsverwaltung zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung betreibt, so sollen diese Leute kaltgestellt werden. Es wäre ein Verbrechen an der Gewerkschaftsbewegung, wenn man diesen paar Leuten, welche eingestellt sind auf persönliche Reibereien, nicht ihr Handwerk legen wollte. Kollegen, wir wenden uns an Euren gesunden Verstand, laßt nicht zu, daß Kollegen, welche sich restlos für ihre Arbeit aufopfern, von diesen Leuten beschimpft werden. Erscheint in den Schuhmacherversammlungen und stellt das persönlich fest. Heute, Montag, abend 8 Uhr findet die Fortsetzung der letzten Versammlung statt. Da die Delegiertenwahl zur Tagesordnung steht, ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

Naumburg. Achtung, Betriebsräte! Mittwoch 6 Uhr im „Goldenen Hahn" außerordentliche Betriebsräte-Vollversammlung. Tagesordnung: Roter Tag und Arbeiterkongreß in Leipzig. Alle Betriebe und Arbeitsstätten müssen vertreten sein. Wo keine Betriebsräte bestehen, sind Vertreter der Belegschaften zu entsenden.

Naumburg. Kartellsitzung. Mittwoch abends 8½ Uhr außerordentliche Kartellsitzung im „Hahn". Die wichtige Tagesordnung macht es notwendig, daß alle oppositionellen Delegierten anwesend sind

Anlsdorf. In den Armen lagen sich beide, nämlich Sozialdemokratie und Bürgertum, und zwar in der am 19. Mai stattgefundenen ersten Sitzung der neuen Gemeindevertretung. Kam dieses schon bei der Wahl des Gemeindevorstehers zum Ausdruck, wobei der VSPD.-Mann Gaube mit den Stimmen der Bürgerlichen wiedergewählt wurde, so noch mehr bei der Schöffenwahl. Hierzu hatten VSPD. und Bürgerliche eine gemeinsame Liste eingereicht, die dann auch mit acht Stimmen der VSPD. und Bürgerlichen gegen die zwei kommunistischen, welche auf den Wahlvorschlag Leslch fielen, gewählt wurde. Sozialdemokratische Wähler, also Arm in Arm mit den Reaktionären glauben Eure Gemeindevertreter die Interessen der Arbeiter zu vertreten! Erkennt, daß es einzig und allein die KPD. ist, die wirklich die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt. Wir kommunistischen Vertreter werden trotz alledem den Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen und die Sozialdemokraten als das entlarven, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich als verkappte Reaktionäre und Verräter an der Sache der Arbeiterschaft.

Rasberg. Funktionärsitzung. Montag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Adler" erweiterte Funktionärsitzung. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Mansfeld-Sangerhausen

Sitzung der Kommunalvertreter des Seekreises

Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrtstag), vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus" Eisleben sehr wichtige Beisprechung aller kommunistischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter des Kreises. Auch müssen die Kreistagsmitglieder wegen des am 3. Juni tagenden Kreistages unbedingt erscheinen. Wer ohne triftigen Grund unentschuldigt fehlt, stellt sich außerhalb der Partei und verzichtet auf sein Mandat als Kommunist.

Kreisleitung des Mansfelder Seekreises.

Eisleben. Fahrpreisermäßigung für Verwandtenkinder. Die Nachrichtenstelle des Magistrats schreibt: Wie in den früheren Jahren, ist es auch in diesem Jahre wieder möglich, zu Verwandten oder auf Grund sonstiger Familienbeziehungen aufs Land reisende Kinder, sowie Kinder, die von ihren früheren Pflegeeltern wieder eingeladen worden sind, in die Organisation des Landaufenthalts einzugliedern, wodurch die Kinder die Vorzüge dieser Organisation (Fahrpreisermäßigung, Unfall- und Haftpflichtversicherung) genießen. Der Antrag auf Eingliederung ist nur vor der Ausreise und unter Vorlage folgender Papiere beim städtischen Wohlfahrtsamt während der Dienststunden möglich: 1. Schriftliche Einladung der Verwandten oder Pflegeeltern zu einem mindestens vierwöchigen Aufenthalt. 2. Aerztliches Zeugnis von einem beamteten Arzt (Stadt- oder Kreisarzt) über die Erholungsbedürftigkeit. (Falls mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Kindes oder auf die lange Reisedauer die ausnahmsweise Benutzung von Schnellzügen notwendig erscheint, so ist das im ärztlichen Gutachten entsprechend zu begründen.) Für Reisen nach Industrie- und Großstädten oder deutschen Grenzstationen kann eine Fahrpreisermäßigung nicht gewährt werden. Im übrigen ist die wirtschaftliche Lage der Eltern des Kindes für die Bewilligung des Antrages ausschlaggebend. Auf Grund des Fahrpreisermäßigungsscheines erfolgt die Beförderung der Kinder in der 3. Wagenklasse der Eis- oder Personenzüge zum vierten Teil des Fahrpreises 4. Klasse. Neu ist die Vorschrift, daß bei der Hinfahrt für einzeln reisende Verwandtenkinder Fahrpreisermäßigung nicht mehr gewährt wird. Es ist unbedingt notwendig, daß an der Reise mindestens vier Kinder gemeinsam teilnehmen. Eltern, die auf Fahrpreisermäßigung für ihre aufs Land reisende Kinder reflektieren, wollen sich bis zum 31. Mai beim hiesigen städtischen Wohlfahrtsamte melden. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden. Die zulässige Altersgrenze erstreckt sich bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, ausnahmsweise bis zum vollendeten 17. Lebensjahre.

Eisleben. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich am Sonnabend an der Ecke Wilhelm-Weinert-Straße und Obere Parkstraße zugetragen. Um diese Zeit kam der Maurer Oertel von hier auf einem Motorrade mit einem Besitzer die Wilhelm-Weinert-Straße entlang und bog in die Obere Parkstraße ein. Er nahm die Kurve nicht kurz genug und fuhr einem mit Erde beladenen Lastwagen, der vom Neubau des Altersheimes her kam, direkt in die Pferde. Infolgedessen kam er zu Fall und unter das linke Vorderrad des Wagens zu liegen, das ihm über den Kopf fuhr, der zertrümmert wurde. Der Besitzer kam mit dem Schreck davon.

Helfta. Ein ernstes Wort in ernster Stunde! Wenn in gewerkschaftlichen und politischen Kreisen der Arbeiterschaft über die örtlichen Verhältnisse Helftas gesprochen wurde, so stellten wohl meistens die dazu Berufenen mit einem gewissen Stolze fest, daß Helfta in jeder Beziehung mit an der Spitze stand. Und wenn wir weiter gehen: Mitteldeutschland und davon wieder Mansfeld wurden mit Genugtuung als das „rote" bezeichnet. Man könnte wohl nun annehmen, daß angesichts dieser Tatsachen es nicht notwendig wäre, Klagelieder anzustimmen über die starke Vernachlässigung der Konsumgenossenschaft gerade in unserem engeren Bezirke — und in Helfta! Als logische Folgerung müßte vielmehr gelten, daß in einem Bezirke, in dem die Arbeiterbewegung auf der Höhe steht, auch das dritte Glied derselben, die Konsumgenossenschaft, blühen und gedeihen müßte. Oder glaubt man wirklich, mit dem Mitgliedsbuche in der Tasche unsere Ziele erreichen zu können? Wenn dieser Gedanke sich bei „gewöhnlichen" Parteimitgliedern Eingang verschafft hat, so ist dies noch zu verstehen und zu verzeihen. Aber unverständlich ist es, daß es noch VSPD.- und KPD.-Parteifunktionäre gibt, die entweder gar nicht genossenschaftlich organisiert sind oder ihre genossenschaftliche Betätigung darin erblicken, indem sie sich als Mitglied aufnehmen lassen — und dann in Privatgeschäften ihre Waren einkaufen. Man könnte wohl ein Auge zudrücken, wenn die hiesigen Geschäftsleute schon den Beweis erbracht hätten, daß sie mit den Arbeitern, auf die ihre Existenz sich stützt, fühlen und denken. Aber die Praxis hat gezeigt, daß das Gegenteil der Fall ist. Man komme nicht mit Einwendungen: Die Preise des Konsumvereins wären zu hoch! Bei näherer Betrachtung stellt sich immer heraus, daß nur durch schlaues Ausstellen irgendeines Zugartikels das Privatgeschäft als das billigste erscheint. Man komme auch nicht mit dem Einwurf: Unsere Kaufkraft ist gesunken! Ja, sie ist gesunken; und eben deshalb haben die breiten Konsumentenschichten um so mehr die Pflicht, ihre gesunkene Kaufkraft zusammenzulegen und nicht durch Unterstützung der Privatgeschäfte noch mehr zu schwächen und zu zersplittern. Die Mitgliederzahl unseres Konsumvereins müßte eigentlich die Gewähr dafür bieten, daß solche Erörterungen in unserer Presse nicht notwendig wären. Aber dies ist nicht der Fall. Und deshalb kann es nur am guten Willen der Arbeiterschaft liegen, daß es mit unserer Genossenschaftsbewegung nichts vorwärts geht. Diesen guten Willen etwas anzuregen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Voigtstedt. Träger wird sofort gesucht, zu melden beim Verlag „Klassenkampf", Halle a. d. S.

Wittenberg-Schweinitz

Piesteritz. Denunziantenpack! Bekanntlich kochen seit den Osterferien proletarische Frauen für die Erwerbslosen und für die IAH.-Küche. Kinder nehmen an der Arbeit nicht mehr teil. Wir wissen auch warum. Rektor Becherer sprach bei einer Gelegenheit davon, daß das Kochen durch Kinder zum Gemeinschaftsgefühl beitrage. Wir glauben, daß jetzt erst dazu die wahren Gründe vorhanden sind. Würden Kinder mit proletarischen Frauen zusammen kochen, so würde daraus ein sehr gesundes Gemeinschafts- und Kollektivverhältnis zwischen Kindern und Frauen entstehen. Da dieses jedoch ein proletarisches Gepräge haben würde, hat man die Frauen allein gelassen, denn das paßt ja nicht in den Rahmen der Erziehung, auch nicht bei Reformpädagogen, die nur aussprechen bürgerliche Ideale verfechten. Man kann den Frauen nichts nachsagen und trotzdem finden sich Leute, die auf gemeine Art und Weise versuchen, diesen die Arbeit zu erschweren. Hat man doch eine Frau denunziert, daß sie lungenkrank sei und demzufolge nicht mehr mit kochen dürfe. Die Frau ist gesund; aber deswegen dachte, wenn die Frau krank wäre, ist es eine Niederträchtigkeit, in dieser Weise auf anonyme Art zu arbeiten. Wir werden auch noch mit solchen Kleinigkeiten fertig werden, das mögen sich die Herrschaften gesagt sein lassen.

Bergwitz. Feierschichten auf „Roberts Hoffnung". Auf der Grube „Roberts Hoffnung" ist neuerdings noch eine Feierschicht eingelegt worden. Niemand darf sich dagegen auflehnen. Die Direktion erklärt, wenn die Leute mucken, dann wird nur noch zwei Tage gearbeitet. Bei der kleinsten Ursache fliegen die Leute. Der Betriebsrat rührt sich nicht; er wollte zuerst eine Belegschaftsversammlung einberufen, aber er duckte sich wieder und machte einen großen Zurückzieher. Kollegen, laßt Euch nicht länger knechten, zeigt die Zähne. Schließt Euch zusammen gegen die Ausbeuter! Erkennt, wie man Euch betrogen hat. Erst hieß es, es müßte mehr und länger gearbeitet werden, um die Produktion und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Abschaffung des Achtstundentages und die Mehrarbeit waren das Allheilmittel, das man Euch anpries. Jetzt werden statt dessen Feierschichten eingelegt. Wie reimt sich das zusammen? Das ist die kapitalistische Ausbeutung, das ist das kapitalistische System, das beseitigt werden muß. Nach wie vor gilt das Wort: Ihr müßt kämpfen oder Ihr werdet verhungern!

Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Funktionärsitzung. Donnerstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" wichtige Sitzung aller oppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsvertrauensleute. Das Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht.

Aus der Lausitz

Cottbus. Beginnende Aktivität der Textilarbeiter. Bei der Firma Jung, Tuchfabrik, mußten einzelne Weber öfters auf Ketten warten. Ohne große Betriebsversammlungen abzuhalten, erklärten sich die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen bereit, nicht mehr 54 Stunden zu arbeiten, und verließen nach 8½stündiger Arbeitszeit spontan den Betrieb. Wohl verließ fast die gesamte Belegschaft die Arbeitsräume, nur der Betriebsrat Müller mit zwei Getreuen glaubten der Arbeiterschaft besser zu dienen, wenn sie dem von den Sozialverrätern angenommenen Abkommen dienen müßten. Kollegen! Hinweg mit solchen Betriebsräten, wählt Euch Vertreter, die das Vertrauen der Arbeiterschaft respektieren. Geht weiter den angefangenen Weg, verlaßt nach 8 Stunden den Betrieb, zwingt die Reformisten, daß sie Farbe bekennen. Was machen die Großbetriebe, wo die VSPD. dominiert? Die „Strategen" rühren sich nicht. Textilarbeiter, **erzwingt Betriebsversammlungen, nehmt den Kampf auf zur Zurückeroberung des 8-Stundentages!**

Cottbus. Eine Leuchte von Betriebsrat. In der Tuchfabrik Neumann wurde am vergangenen Freitag gesammelt für die Ruhrarbeiter auf Listen des ADGB. Viele Kollegen lehnten eine Zeichnung auf die Listen ab. Doch über die jugendlichen Arbeiterinnen glaubte der Betriebsrat eigenmächtig zu bestimmen. Da einzelne Jugendliche zur Fortbildungsschule mußten, zeichnete benannter Betriebsrat eigenmächtig für jede einzelne 50 Pf. Um anderen Tage verlangte der Betriebsrat von den Jugendlichen das Geld. Es wurde ihm verweigert, auf die Listen des ADGB. zu zeichnen, doch der Allgewaltige erklärt: wer nicht zahlt, fliegt bei der ersten Gelegenheit. Kollegen! Gebt solchen Herrlichkeiten den richtigen Denkzettel, indem ihr alle tüchtig zeichnet auf die Listen der Opposition. Den Klassenkämpfern an der Ruhr, gebührt die vollste Unterstützung.

Arbeiter-Sport

Greppin. Turnverein vom Jahre 1879, Fußballabteilung. Greppin. Am Mittwoch, dem 28. Mai, erwartet der Sportverein Greppin im Gesellschaftsspiel den früheren Bottenmeister B. C. Stettin. Da Greppin in stärkster Aufstellung spielt, ist ein scharfes Spiel zu erwarten. Mannschaft spielt wie folgt: Tor Säuberlich 1. Schwarz, Brünning, Möbius, Szimanski, Walter Prochnow, Konlecny, Fröhlich, Schinkel, Säuberlich 2. Pflicht eines jeden Arbeitersportlers ist es, dem Spiele beizuwohnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0006

Politische Uebersicht

Wer die Wahlkosten der VSPD. nicht bezahlt hat!

Herr Wels hat angeblich den Kadi angerufen, um die Behauptung des „Kämpfers", Chemnitz, zu widerlegen, daß die Sozialdemokratische Partei Wahlgelder von der Regierung erhalten hat. Es sind bereits eine Reihe Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß auf dem Wege über den Heimatdienst der VSPD. Zuwendungen gemacht worden sind. Welche Quellen die VSPD. für ihre Verräterarbeit an der Arbeiterklasse benutzt, wird noch an den Tageslicht kommen. Eines steht jedenfalls heute schon fest, nämlich, daß aus den Mitgliederbeiträgen die Sozialdemokratische Partei ihre Wahlkosten nicht hat decken können.

Schon in der Zeit vor der Inflation war sie nicht in der Lage, ihren Parteiapparat aufrechtzuerhalten. Schon damals konnte sie die Gehälter ihrer Angestellten nicht voll bezahlen. Der Notschrei des Parteivorstandes der VSPD. geht aus folgendem Dokument hervor:

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand.

Berlin SW 68, 21. Juni 1923.
Lindenstraße 3.

An die Parteibezirke!

Werte Genossen!
Trotz aller Mahnungen,
trotz der Versprechungen,
trotz der zwingenden Notwendigkeit

haben eine ganze Anzahl Bezirke für das laufende Quartal April—Mai—Juni keine Konto-Zahlungen an den Parteivorstand geleistet.

Jeder Bezirk weiß, jeder Sekretär weiß, jeder Genosse weiß, daß der Parteivorstand laufende Verpflichtungen an Löhnen, Gehältern usw. hat.

Der Parteivorstand kann nicht warten, bis die säumigen Bezirke Gelder einschicken — er soll vorher seine Verpflichtungen erfüllen. Für den Monat Juli muß der Parteivorstand mit neuen beträchtlichen Erhöhungen der Gehälter rechnen. Er wird Ende dieser Woche für die Bezirkssekretäre je 1 Million Konto-Zahlung des Juligehaltes überweisen. Die Verrechnung und Nachzahlung wird erfolgen, sobald das Verhandlungsresultat der Buchdrucker bekannt ist.

Bezirke, die dem Parteivorstand nicht den auf sie entfallenden möglichen Teil an Beiträgen eingeschickt haben, können damit rechnen, daß sie an Stelle des Gehaltes eine Quittung für eingegangene Beiträge erhalten.

Die Parteikasse ist leider kein Automat, der nur gibt, ohne daß vorher etwas hineingesteckt worden ist.

Dieses Schreiben gilt für die Bezirke, die ihre Pflicht gegenüber dem Parteivorstand erfüllt haben, nur als Information.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Dieses Rundschreiben an die Bezirke zeigt, daß der größere Teil der Bezirke keine Beiträge schon für die Monate April—Mai—Juni abgeliefert hat. Der Parteivorstand bemühte sich krampfhaft, wenigstens einigermaßen Mittel aus den Bezirken herauszuholen. Für die Bezirkssekretäre war noch nicht einmal Geld für die Gehaltszahlung vorhanden, so daß nur eine Konto-Zahlung gegeben wurde. Die nach diesem Rundschreiben einsetzende Inflation, die fast alle Gewerkschaften in den finanziellen Zusammenbruch gestürzt hat, hat natürlich auch ihre Wirkungen auf die VSPD. gehabt. Außerdem sind die Beiträge in der VSPD. so niedrig, wie in keiner anderen Partei, so daß der Wochenbeitrag der einzelnen sozialdemokratischen Mitglieder nur einen Bruchteil von Pfennigen betragen hat, der bei seiner Einlieferung in die Zentralkasse die Tinte des Eintragens nicht mehr wert war. Seit der Stabilisierung der Mark sind die Bezirke noch nicht so auf die Beine gekommen, daß sie ihre Verpflichtungen an den Parteivorstand hätten erfüllen können.

Die ungeheuren Summen, die die VSPD. zur Wahl herausgeworfen hat, die Masse der Redner, die Flut von Flugblättern, die Benutzung von Autos und Flugzeugen zur Verbreitung ihrer Druckschriften verschlingt eine solche ungeheure Summe, daß es weder Herrn Wels, noch dem „Vorwärts" gelingen wird, auch nur einen Menschen in Deutschland zu finden, der glaubt, daß aus den Beiträgen der Mitglieder diese Wahlkosten bezahlt wurden.

Wenn also die Mitglieder der VSPD. die Wahlgelder nicht aufbringen konnten, wer hat dann die Wahlkosten der VSPD. getragen? — Auf die Antwort sind wir gespannt.

„Geschäftsaufsicht" über die Pleite-Firmen?

Die Pleite des Stahlwerkes Becker, eines der technisch auf der Höhe stehenden Werkes, teilt die ganze Schwere der kapitalistischen Krise in Deutschland. Ein Zeichen der unheilbaren Krankheit des Kapitalismus ist es, daß nunmehr nicht nur die Kleinen von den Großen geschlachtet werden, sondern auch ganz große, guteingerichtete Betriebe, die sich nicht in Riesenkonzerne eingliedern ließen, kaputtgehen. Nach Becker melden schon eine ganze Reihe anderer Firmen die Pleite an. Andere werden folgen.

Die Kapitalisten machen daraufhin nur für sich eine „Geschäftsaufsicht" aus. Sie teilen die Leichen der Pleitewirtschaft unter sich auf. Sollte es aber nicht möglich sein, daß sich die Arbeiter und Angestellten der Pleitemacher daranmachen, ihrerseits diese „Geschäftsaufsicht" zu versuchen und sich die Konkursmasse etwas näher anzusehen? Die Kapitalisten richten die Produktion zugrunde, die Arbeiter müssen in die „Geheimnisse" dieser Geschäfte eindringen, sie ans Tageslicht zerren, allen Arbeitern zeigen, wie die Kapitalisten abwirtschaften und wie einfach es sein muß, diese Betriebe zu leiten. Das ist freilich erst möglich, wenn wir die Staatsmacht haben. Aber die Arbeitskontrolle der klassenbewußten Arbeiter und Angestellten muß überall eindringen, wo sich im kapitalistischen Gebäude Krisen zeigen, wo die Arbeiterschaft kraft ihres Amtes vordringen kann. Arbeiter! Versucht doch einmal, „Geschäftsaufsicht" zu machen. Ihr werdet sehen, wie einfach für uns die kapitalistischen „Geheimnisse" sind.

Internationale Solidarität der Unternehmer

Berlin, 25. Mai.

Wir sind in der Lage, folgendes Schreiben des Verbandes der Eisenindustrie in Hamburg zu veröffentlichen:

Hamburg, den 19. Mai.

Herren Burmeister & Wains,

Kopenhavn.

Wir sind im Besitze Ihres Schreibens vom 10. d. M., in welchem Sie uns mitteilten, daß Sie keine streikenden deutschen Werftarbeiter eingestellt haben und einstellen werden. Wir müssen Ihnen darauf erwidern, daß wir positive Unterlagen in den Händen haben, welche die Unrichtigkeit Ihrer Angaben beweisen. Wir können uns nicht versagen, unsere Verwunderung über Ihr unsolidarisches Verhalten und vor allem über die von Ihnen vorgenommenen Verleumdungen zum Ausdruck zu bringen.

Hochachtungsvoll (Unterschrift).

Die Unternehmer zeigen hier einmal offen, daß sie **streikende Arbeiter bis ins Ausland verfolgen.** Sie zeigen, daß sie diejenigen, die gegen die Gesetze des Profits verstoßen, geächtet und auf schwarze Listen gesetzt haben.

Immerhin aber ist es noch interessant, festzustellen, daß die armen notleidenden Werftbesitzer, die in Deutschland den Arbeitern keine anständigen Löhne zahlen können, sowie Geld haben, um eine internationale Spitzorganisation gegen die Arbeiter zu unterhalten. Das zeigt aber gleichzeitig wieder den internationalen Charakter aller Kämpfe der Arbeiterklasse, zeigt, daß heute nur die breite Front, die internationale Front und solidarischer Zusammenschluß zum schärfsten Kampf gegen das Kapital Rettung bringen kann.

Lehren der Reichstagswahl für die proletarische Machteroberung

Die beiden bisherigen Artikel des Genossen J. über die Kräfteverschiebung im Proletariat und die Kräftekonzentration der Bourgeoisie haben wir ohne Bemerkungen veröffentlicht, da es sich um Tatsachen handelte, die im wesentlichen eine sachliche Tatsachendarstellung enthalten. Die in den nun folgenden Schlußartikeln von dem Verfasser gezogenen Folgerungen und Wertungen halten wir jedoch für unzulänglich und teilweise irrig, so daß wir noch einen weiteren Artikel über das Wahlergebnis und die Aufgaben der Partei folgen lassen werden. Die Red. „Klassenkampf".

III.

J. Das Wahlergebnis zeigt deutlich, die Konzentration im Lager der Bourgeoisie ist größer, kompakter, geschlossener als im Lager der Arbeiterklasse. Die Deutschnationalen (Industrie- und Agrarkapital) haben allein 5,778 313 Wähler, 95 Mandate und die drei konkurrierenden Parteien der Fertigwareindustrie des Finanz- und Handelskapitals, die Volkspartei, die Demokraten und die Bayrische Volkspartei, haben zusammen nur 5 245 000 Wähler und 84 Mandate. Die Landbündler bringen neun Mandate und eine weitere halbe Million Wähler, die sich klassenmäßig in nichts von den Deutschnationalen unterscheiden. Die Deutschnationale Partei hat im Stahlhelmbund eine gut bewaffnete illegale Truppe von 200 000 Mann. Sie haben im Staatsapparat in den entscheidenden Aemtern, im Heer und in der Bureaukratie ihre Leute. Die Machtübernahme und die Säuberung des Staatsapparates von den SPD.- und anderen Konzessionsschulzen wird, soweit es nicht bereits vollzogen ist, glatt von statten gehen. Die Resultate der Novemberrevolution, soweit sie die innenpolitischen Machtverhältnisse anbelangen, sind beseitigt. Durch den Wahlausgang ist die legale Uebernahme der Staatsgewalt durch die Deutschnationale Partei, die Avantgarde der Bourgeoisie, das Agrar- und Industriekapital gesichert. Die Uebernahme der Staatsgewalt durch die Deutschnationale Partei in Gestalt des Bürgerblocks bedeutet eine Verstärkung der bourgeoisen Staatsgewalt zur Niederwerfung der Arbeiterklasse. Die Wahlen vom 4. Mai sind der Schlußpunkt hinter die fünfjährige Epilode sozialdemokratischer Politik. Am Beginn der Periode des sozialdemokratischen Arbeiterverrats an den Kampf um die proletarische Macht stand die Politik der Arbeitsgemeinschaft und Zusammenarbeit der VSPD. mit der Bourgeoisie. Am Schluß der Epilode steht die Verabschiedung des Lakaien mit einer Tracht Prügel. Die Konsolidierung der kapitalistischen Herrschaft auf Kosten des Proletariats als Hilfe der VSPD. und Gewerkschaften beginnt mit der Verständigung der bestgen deutschen Bourgeoisie mit den Siegern der Ententeländer zum **gemeinsamen Raubzug auf Kosten der deutschen und internationalen Arbeiterklasse**, der Annahme des Sachverständigengutachtens. Das ist die kräftigste Tendenz, die sich trotz aller Reibereien durchsetzen wird, wenn das Proletariat es nicht verhindert. Was wir bei Beginn dieser Politik Ende 1918 vorausgesagt haben, ist grauenhafte Wirklichkeit geworden. Die Partei des Agrar- und Industriekapitals, die Deutschnationalen, die in der deutschen Bevölkerung die Regierung der kleinbürgerlichen Mittelparteien denunzierte als die Regierung der Unterwerfung unter die Entente, wird die mit heißem Bemühen von den Mittelparteien vorbereitete Verständigung schleunigst vollziehen, wird an die Spitze der „Erfüller" treten, wie die VSPD. 1918 an die Spitze der „nichtgewollten Revolution" trat und die Partei der Vorbereiter dieser kapitalistischen Wiederaufbaupolitik, die Sozialdemokratie, in die Wolfschlucht werfen. Die Zwischenparteien des Bürgertums werden unter Führung der Deutschnationalen bessere „Vernunftfeinde der Republik" werden, als sie jemals „Vernunftfreunde" dieser Mißgeburt waren. Das Ende der Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie ist auch das Ende der „demokratischen Republik".

Obgleich die VSPD. seit dem Oktobervertrat des deutschen Proletariats dank der Krise der KPD. einen gewissen Aufschwung gewonnen hat, ist die VSPD. stärker auf der absteigenden Linie als oberflächliche Betrachtung des Wahlresultats aufweist. Die Krise wegen des Oktoberrückzuges erschütterte die Kommunistische Partei viel mehr, als die Peripherie der Sympathisierenden. Der Oktoberrückzug hat das Vertrauen zur KPD. weniger erschüttert, als die monatelangen Selbstanklagen in der Rede der VSPD. möglich machte, den Verrat an der Arbeiterklasse im Oktober von sich auf die damalige kommunistische Leitung abzuschieben, wobei sie sich auf das Zeugnis prominenter Kommunisten berufen konnte. Die Gemeindewahlen im Januar in Sachsen ergaben für die KPD. 20 bis 25 Prozent mehr kommunistische Stimmen, wie die Reichstagswahlen im Mai. Dasselbe ersehen wir bei den Landtagswahlen im Februar in Thüringen, bei den Landtagswahlen im März in Mecklenburg und gegenüber den Landtagswahlen in Bayern im April. (Landtagswahlen 245 000 Stimmen, Reichstagswahlen 231 000 Stimmen.) Die Erschütterung der Partei, die damit verbundene Aktionsunfähigkeit ist ideologisch durch den Parteitag und hoffentlich tatsächlich durch die Reichstagswahlen beendet. Jetzt gilt es, zu der durch die Wahlen übersichtlich gewordenen Kräftekonstellation klar Stellung zu nehmen und zu den Parteiaufgaben ganz konkret Stellung zu nehmen, die Parteiaufgaben ganz konkret zu stellen und mit den sichtbar gewordenen Kräften, 3½ Millionen kommunistischer Wähler zu verbinden, die mit klarer Aufforderung an jeden Einzelnen bei der Wahlagitation zur Teilnahme am Kampf geworben worden sind, die Aufgaben durchzuführen.

IV.

Die Konzentration der Bourgeoisie hat Fortschritte gemacht. Die Uebernahme der Regierungsgewalt durch einen Bürgerblock unter Führung der Deutschnationalen ist zweifellos eine Stärkung des Machtapparates der Bourgeoisie. Das würde auch durch eine zeitweilige Verzögerung des Regierungseintritts der Deutschnationalen nicht wesentlich geändert, weil die kleine Koalition nicht gegen die Großbourgeoisie kämpfen kann, das kann nur die proletarische Diktatur. Wird der Konzentrationsprozeß der Bourgeoisie, der erst am Anfang einer neuen Episode steht, nicht gestört, so kann eine weitere Festigung stattfinden. Mit einer Minderheit des Proletariats, die erst ein Viertel der proletarischen Wähler für Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels erobert hat, ist der Sturmangriff auf eine starke Macht der Bourgeoisie (Staatsapparat, illegale bewaffnete Organisationen, Herrenstellung im Betrieb) siegreich nicht möglich. Die konkrete Aufgabe einer kommunistischen Partei in der Situation der KPD. ist eine doppelte:

1. Eroberung der Mehrheit des Proletariats und Schulung und organisatorische Zusammenfassung desselben in den Klassenkampforganen (revolutionäre Betriebsräte, Kontrollausschüsse, proletarische Hundertschaften, politische Arbeiterräte), die trotz des verstärkten Widerstandes der Bourgeoisie vor dem Sturmangriff geschaffen werden müssen. 2. Die Schwächung und Zersetzung der gegnerischen Machtposition.

Diese Arbeit kann nicht nach unseren Wünschen bestimmt werden, sondern muß den vorhandenen Verhältnissen angepaßt werden. Eine Analyse der bestehenden Kräfteverhältnisse muß der Bestimmung der Taktik vorausgehen. Die Hauptaufgabe, vor die die Bourgeoisie und das deutsche Proletariat gestellt sind, jedes auf seine vom Klasseninteresse bestimmte Weise, ist die Verständigung mit der Entente-Bourgeoisie. Auf der Tagesordnung steht kraft der bestehenden Machtverhältnisse nicht die Verständigung der Ententekapitalisten mit dem deutschen Proletariat, sondern nur die Verständigung mit der deutschen Bourgeoisie. Nur Sowjet-Rußland gegenüber muß sich die Ententebourgeoisie mit den Vertretern der Arbeiter und Bauern verständigen. Nur Sowjet-Rußland gegenüber kann die Ententebourgeoisie auf Tribute ökonomischer und politischer Herrschaft verzichten, weil es sich an der unerschütterlichen Macht des Arbeiter- und Bauernstaates die Zähne ausgebissen hat. Die Ententebourgeoisie nimmt die deutsche Bourgeoisie unter die Ausbeutungspresse, gleichgültig, ob an der Spitze der deutschen Bourgeoisie die Deutschnationalen oder die Sozialdemokratie stehen. Die deutsche Bourgeoisie kann kraft ihrer Machtstellung die Lasten auf Proletariat und Kleinbürgertum abwälzen. Einig ist sich die Ententebourgeoisie mit der deutschen nur darüber, daß die deutschen Arbeiter und Mittelschichten nicht Subjekt, sondern Objekt ihrer Ausbeutungsmaßnahmen sind. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen. Ehe nicht die Arbeiter und Kleinbürger die Bourgeoisie niedergeworfen haben, kann kein wirksamer Kampf gegen die Entente geführt werden. **Die Verständigung auf Kosten der Arbeiter und Mittelschichten muß unmöglich gemacht werden.** Durch diesen Kampf entsteht die Möglichkeit, das Kräfteverhältnis so umzuändern, daß der **siegreiche Sturmangriff zur Niederwerfung der Bourgeoisie möglich wird.**

Die Bourgeoisie muß ihren Sklavenpakt mit der Entente rasch unter Dach bringen. Wenn sie nicht innerhalb zwei bis drei Monaten ausländische Kredite zur Stützung der Rentenmark hereinbekommt, dann kracht das ganze mühsam aufgebaute Kartenhaus der Sanierung der Finanzen, die Markstabilisierung, in sich zusammen. Kommt durch eine neue Inflationsperiode die Rentenmark ins Rutschen, dann gibt es kein Aufhalten, dann folgt der neuen Finanzkatastrophe die Ernährungskatastrophe, und dieser auf dem Fuß der erneute Zusammenbruch der langsam sich erholenden kapitalistischen Produktion. Der Zusammenbruch der Rentenmark müßte trotz Führung durch die klassenbewußte kapitalistische Partei, die Deutschnationalen, eine solche Panikstimmung im Bürgertum, einen solch wachsenden revolutionären Kampfwillen der Arbeiter auslösen, daß es mit der Herrschaft der Bourgeoisie zu Ende wäre. Hier liegt die Gefahrenzone für die Bourgeoisie, hier liegt die Möglichkeit für das Proletariat, auf dem schnellsten Wege zum Ziel, zur Diktatur des Proletariats zu kommen. Wir müssen diese Möglichkeit klar erfassen. Wir müssen uns aber auch darüber klar werden, daß die Bourgeoisie der Entente und Deutschlands die Situation klarer und schärfer erfaßt, als das Proletariat. Die Führer der Deutschnationalen, Sorge, Hergt, Professor Bücher, die Sachverständigen, Macdonald, der Lakai der englischen Bourgeoisie, und Poincaré wissen das. Alle haben sich bereiterklärt, schnell zu handeln, weil allen das Feuer auf den Nägeln brennt. Hoffnungen, daß die Deutschnationalen wegen ihrer Agitation gegen das Sachverständigen-Gutachten zögern werden, sich diesen Bedingungen zu unterwerfen, können nur kleinbürgerliche Ideologen haben, die glauben, die Deutschnationalen seien solche Hühner, wie die Sozialdemokratie, daß sie den selbstgemachten Kredsekreis nicht überspringen, wenn es den kapitalistischen Klasseninteressen widerspricht. Die Deutschnationalen unterscheiden sich von den Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie niemals ihr Klasseninteresse einer schemenhaften Ideologie wegen verraten. Eine andere Frage ist, ob die Differenzen im Lager der Ententebourgeoisie und im Lager der deutschen Bourgeoisie nicht so groß sind, daß sie trotz des Willens der klassenbewußten Vertreter zur Verständigung nicht rasch genug unter Dach und Fach kommen. Wenn die deutsche Partei unverzüglich die Initiative ergreift und auf einem rasch zusammenberufenen internationalen Kongreß eine internationale Aktion vorzubereiten beginnt, die die breiten Proletariermassen in England, Frankreich, Tschechoslowakei und Polen gegen den Sklavenpakt mobilisiert, dann kann noch ein starker Vorstoß gemacht werden. (Die Konferenz hat inzwischen stattgefunden. D. Red.) Leider ist schon viel Zeit versäumt worden. Die Hauptaufgabe fällt aber dem deutschen Proletariat zu. Hier muß die KPD. sofort eine Einheitsfrontkampagne unter den Massen beginnen und in Verbindung damit mit unserem Auftreten der 62-Männer-Fraktion im Reichstag, die alle bisherigen Kampagnen übertreffen muß. Nur, wenn die Massen in tausenden Versammlungen, durch Demonstrationen und Deputationen nach dem Reichstag den ganzen Aberzn in Bewegung setzt, wie im Vorjahr zum Anti-Faszistentag, nur durch eine solche gewaltige Massenaufrüttelung kann der Abschluß des Schandvertrages verhindert werden. Wir müssen das Programm des Reichsbetriebsrätekongresses vom November 1922 wieder lebendig machen. Es ist leider noch nicht überholt in seinem wesentlichen Teil. Wenn es überholt ist, muß es entsprechend geändert werden. Das Wichtigste ist aber, daß es den Massen als einziger Ausweg eingehämmert wird.

Bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront sind Fehler gemacht worden. Darf das dazu führen, daß wir auf diese wichtige Taktik zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse verzichten? Nein! Mit der Passivität muß Schluß gemacht werden. Nur die **breiteste Massenmobilisierung** schafft uns die Möglichkeit, die revolutionäre Betriebsrätebewegung wieder zu beleben, den Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften gilt es mit ganzer Kraft aufzunehmen, der stark vernachlässigt ist und der Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie, die Initiative gegeben hat. Nur durch diese **politische Massenmobilmachung** kann die Kontrollausschußtätigkeit erneut aufgenommen werden und über ihren alten Aufgabenkreis, Kampf gegen Teuerung, hinaus erweitert werden. Die Tätigkeit für die Roten Hundertschaften ist fast eingeschlafen. Auch sie wird nur im Flusse einer alarmierenden politischen Propagandakampagne gegen die Verständigung auf Kosten des Proletariats für eine Verständigung auf Kosten der Bourgeoisie wieder zum Leben erweckt werden. Diese praktischen Aufgaben durchzuführen, das ist Organisierung der Revolution. Mit dem Reden davon ist nicht getan. Einheitsfronttaktik, nicht opportunistisch, sondern **bolschewistisch**, Einheitsfront nicht geführt von dem opportunistischen Brandler, Einheitsfront geführt von Maslow, Scholem, Ruth Fischer. Wenn es geht, schlerfrei. Wenn es nicht geht, dann keine Furcht vor einigen Entgleisungen. Die größten Fehler schaden nicht soviel, wie die Passivität. Die Passivität muß um jeden Preis überwunden werden. Nur die **Aktion der Millionenmassen der Kommunisten** wird die VSPD. zerfetzen und vernichten. Wir müssen durch die Einheitsfronttaktik die VSPD. von neuem zwingen, den Kampf um die Abwälzung des Sklavenpaktes und alle noch unter ihren Einfluß geratenen Arbeiter, die mit uns kämpfen werden, wenn wir es verstehen, an sie heranzukommen, nicht verraten. Dasselbe gilt für die Trennung der völkischen Massen von ihrer Führung. Die völkische Bewegung ist trotz aller konfusen reaktionären Ideologie eine Bewegung der Kleinbürger mit starken, wenn auch verschwommenen aktiven antikapitalistischen Tendenzen. Ihr Versuch zur eigenen Parteibildung im 20. Jahrhundert, im Jahrhundert der proletarischen Revolution, ist nicht nur ein Versuch der Ablösung von der Führung durch die Arbeiter, sondern gleichzeitig auch ein Versuch zur Ablösung von der Führung durch die große Bourgeoisie. Von unserem Verständnis ihrer nationalen und sozialen Schmerzen wird es abhängen, wie rasch wir sie gewinnen. Nur die Aktion wird die schwankenden Mittelschichten für uns gewinnen oder neutralisieren. Nur die politische Massenpropaganda wird den wirtschaftlichen Abwehrwillen, **der in der Streikwelle manifestiert**, auch politischen Inhalt geben. Nur die Massenmobilisation wird der Partei Legalität, den gefangenen Kämpfern Amnestie bringen. Diese Teilaufgaben sind nur durch eine alles bisher dagewesene übersteigende **Massenkampagne** zu lösen. Ihre Zusammenfassung kann das „zweite Versailles" verhindern. Wenn die KPD. diese Lehren, die die Wahlen geben, nicht versteht, dann kommt der Sklavenpakt unter Dach. Die Bourgeoisie bekommt eine Atempause, und wir müssen unter den schwersten Bedingungen an die Gewinnung der Mehrheit der Arbeitermassen und die Sammlung der Massen herangehen. Die Situation ist günstig wie nie, alles zu wagen, um alles zu gewinnen!

Postbezieher!

gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf" sofort auf, dann trifft er ab 1. Juni pünktlich ein.

Der Verlag.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fix Kros, Halle, Carlsenstraße 14. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Bezirk Hessen-Waldeck wie für dessen Anzeigen: August Radler in Cassel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

An die Menschen der alten Ordnung

O eure Blüten alle der Gerechtigkeit,
wie steh'n sie armselig und getnickt.
O eure Blüten alle der Klarheit,
wie steh'n sie grau und trüb.
O eure Blüten alle der Klugheit,
wo blieb ihre Farbe und ihre Kraft?
Sturm stieg aus dem Dunkel, wo Menschheitsschicksal schlief,
fetzt überdeckt vom gleißenden Tuch eures kleinen Bemüh'ns.

Auf flog das Tuch. Auf brach der Sturm
voll Haß und Gewalt,
voll Gier und Gram,
voll blindem, blutigem Hohn,
voll taubem, taumelndem Zorn,
voll sehender, sehnender Kraft,
Mord atmend, Frevel und Dunkelheit,
Leben atmend, Licht und Heiligkeit,
zerstörend im Zeugungsdrang.

Euren kleinen, spitzen, Lüge triefenden Haß,
umhangen mit den Lastern von Jahrhunderten,
aufsprützend goldklirrendes Gift
fegt er hinweg, fegreich brausend.
Dann blühen auf neue starke Blumen der Gerechtigkeit.
Dann blühen auf neue starke Blumen der Klarheit
und die Blüten der Klugheit neu aus heiligem Boden,
stark duftend Erde, Sonn[illegible]

Berta Lask.

Oeffnet die Gefängnisse

Von André Marty

Die Monate wechseln — dort aber in den Häusern des Leides gleicht ein Tag dem anderen in seinem immerwährenden Beginn eines ewigen Schmerzes. Die Körper krümmen sich und der Geist sucht im Leid nach einer Möglichkeit, weniger zu leiden. Sie rechnen auf nichts mehr und suchen nur das zu retten, was ihnen noch vom Leben bleibt, indem sie versuchen, zu ahnen, ob das Uebermorgen ihnen mehr oder weniger Leid bringen wird als das Vorgestern. Ein solches Leben ist mehr, als eine Hinrichtung erleiden.

Einmal waren sie schon fast frei, ganz nahe sahen sie die Freiheit, dann aber wurden sie grausam wieder in ihre Hölle zurückgeworfen. Ja, diese armen Militärgefangenen, eingeschlossen in ihre Bagnos, waren einmal — beinah frei! Im Juni 1918 wurden alle Gefangenen zu Erd- und Schanzarbeiten um Paris herum abgeschickt. Sie sollten Gräben ziehen und konnten sich auf diese Weise rehabilitieren. Sie legten sich ins Zeug und gruben die Erde um, bis man ihnen eines Tages sagte, daß für sie ein Straferlaß nicht in Frage käme und man sie sogleich wieder in ihre Schmerzenshöhlen zurückführte.

Am 30. Juni 1918 verließ ein Trupp von 450 Gefangenen Clairvaux, bestimmt für das Feldlager von Sandricourt unweit von Meru (Oise). Einige blieben in dem alten Staatsgefängnis, und zwar diejenigen, welche so zum Skelett abgemagert waren, daß man sie nicht öffentlich zu zeigen wagte. Während einer Reise von 48 Stunden mußten sie sich etwas zu essen betteln, weil die Verwaltung vergessen (!) hatte, für Nahrungsmittel zu sorgen. **Man brauchte diesen Zug des Jammers nur zu sehen und man mußte weinen!** Die Gefangenen würden ihre Reise bestimmt nicht beendet haben, hätten sie nicht unterwegs eine englische Küche getroffen, über die sie herfielen. Alles wurde verschlungen, rohes Fleisch, Speck, ungekochter Reis. Die englischen Offiziere nannten die französischen Beamten „Taugenichtse und noch bestialischer als die Menschenfresser."

Endlich kamen die Gefangenen in das Feldlager und trotz ihrer Schwäche mußten sie sofort an die schweren Erdarbeiten herangehen.

Der Gefängnisdirektor Gabien und der Kapitän Lelandats vom 46. Infanterieregiment, als Lagerkommandant, hatten den Gefangenen ganz offiziell ihre Rehabilitation versprochen, aber nur, um übermenschliche Leistungen zu erzielen und dadurch sich die Taschen zu füllen.

Infolge der schweren Arbeit und der frischen Luft hatten die Gefangenen natürlich den ganzen Tag über Hunger. Um ihre magere Portion aufzufüllen, verschlangen sie rohe Getreidekörner und Runkelrüben. Das mußte noch heimlich geschehen, weil der Lagerkommandant von solcher „Gefräßigkeit" nichts wissen wollte.

In diesem Lager geschah auch folgendes entsetzliche Ereignis. Dort wurden die Menschen bewacht und gequält von zwei wilden Tieren, von denen das eine selbst Menschenantlitz trug. Das war der Aufseher Ardouin, das andere sein Hund „Brissac", den er auf die Gefangenen dressiert hatte. Unter erlogenem Vorwand und nur, um sich zu amüsieren, ließ dieser Menschenschinder die Hundebestie auf die Sträflinge los. Für ihn war es ein Hochgenuß, den Hund laufen und nach den Pluderhosen schnappen zu sehen, wobei das Biest sich gründlich in den Körper einbiß. Einem Gefangenen wurde dabei der Hodensack ausgerissen. Eines Tages hetzte der Hund den Gefangenen R. von P. zwei Stunden lang kreuz und quer durch das ganze Lager. Es war ein furchtbarer Anblick, dieser Kampf des Unglücklichen gegen die rasende Bestie: immer den Kopf seitlich auf das Tier gerichtet, die Augen wild flackernd, die Arme nach vorn, um es festzuhalten, dann wieder aufs neue fliehend, um endlich sich auf den Boden zu werfen und mit Bissen überdeckt zu werden.

Auf den Feldern arbeitete man mit nackten Füßen, da das Schuhzeug nicht repariert worden war. Täglich kamen Unfälle vor und Erdrutsche beschädigten die Füße.

Eines Tages wurden die Gefangenen auf Grund eines Dekrets vom 4. April 1919 wieder in ihre Gefängnisse zurückgeschickt. Von Rehabilition war keine Rede mehr.

Das ist die Schurkerei der bürgerlichen Regierung, daß sie erst diese ärmsten der Armen unter der Vorspiegelung ihrer Befreiung Unmenschliches leiden läßt, um sie dann, wenn sie ihre Dienste nicht mehr braucht, in den Kerker zurückzuwerfen. Man kann sich vorstellen, welch wahnsinnige Verzweiflung über die Gefangenen gekommen ist, als man sie wieder hinter die hohen Mauern zurückbrachte, als man sie wieder einschloß — unter Bruch des gegebenen Versprechens.

Noch immer also befinden sich diese armen Opfer des „Rechtskrieges" im Kerker. Es muß die erste Tat der Abgeordneten vom Arbeiter- und Bauernblock sein, mit aller Energie in der neugewählten Kammer Amnestie zu verlangen. Etwa Jahre oder auch nur Monate zu warten, ist nicht mehr möglich. Die Kameraden sind am Ende ihrer physischen und moralischen Kräfte. **Man muß sie sofort befreien!**

Seit Jahren verlangen die Arbeiter Amnestie. Es wird Zeit, Herrn Poincaré oder seinem Nachfolger diese Opfer des Militarismus zu entreißen, die jetzt langsam in ihren Gefängnissen zugrunde gehen.

Unser Drei-Tage-Ferienaufenthalt in Weißenfels

Ein Mitglied der Kommunistischen Kindergruppe schildert den Verlauf der dreitägigen Ferien wie folgt:

Die Kommunistische Kindergruppe Halle, war vom 26. bis 28. April in Weißenfels. Sonnabend früh fuhren wir 7.50 Uhr in Halle ab. Auf der Fahrt riefen wir jedem „Heil Moskau" zu. Darüber haben sich viele gefreut. Sogar ein Sipo grüßte uns freundlich. Wir fuhren am Leunamerk vorbei, wo die Väter einiger unserer Genossen darin arbeiten. In Weißenfels angekommen, empfing uns die Weißenfelser Kommunistische Kindergruppe mit dem Liede: „Die Internationale". Am Saaleufer wurden die Quartiere verteilt. Wir wurden alle freundlich aufgenommen. Nachdem wir unser Gepäck abgelegt hatten, begaben wir uns nach dem Stadtpark. Da kam die Reichswehr mit Lastautos vorbei. Es sah aus, als ob sie gegen die Proletarier in den Krieg ziehen wollte. Wir lachten sie alle kräftig aus. Gleich darauf wurden wir von einem tüchtigen Regen überrascht. Wir stellten uns unter, bis der Regen vorbei war. Da kam ein Reichswehrsoldat mit einer großen Trompete vorüber, welchen wir ebenfalls tüchtig auslachten. Er wußte gar nicht, wo er hinlaufen sollte und hat sich sicher sehr geärgert. Als wir die Stadt besichtigten, überraschte uns abermals ein starker Regen. Als unser Leiter am Kaiserdenkmal über Krieg und Greueltaten sprach, an dem sich die Fürsten und die Kapitalisten erfreuen und etwas über bürgerliche Schundblätter erzählte, da mischte sich ein dicker Fleischer mit ein. Er schimpfte auf die Arbeiterführer und hat sich dabei tüchtig blamiert. Ueber Mittag waren wir im Quartier. Um 3 Uhr trafen wir uns am Stadtpark, um zum Werbeabend nach Langendorf zu ziehen. Durch die Dörfer sangen wir unsere Kampflieder. Die rote Fahne mit Sowjetstern trugen die Weißenfelser Genossen immer in der vordersten Reihe. Alle haben sich über uns gefreut. Im Dorfe sahen wir auch Ochsen, Schweine, Gänse und Reichswehrsoldaten. Einige zeigten uns ihr Gewehr, sie wollten uns angst machen. Manche trugen ein Hakenkreuz. Auf einer Spielwiese vertrieben wir uns die Zeit, bis es dunkel wurde. Dann gingen wir ins Gasthaus zum Werbeabend. Da war es sehr voll. Ein Kindergruppengenosse hielt eine Ansprache an die Eltern. Die Kindergruppe sührte auch schöne Reigen auf und sang Kampflieder. Ein junger Genosse spielte uns auf seiner Geige etwas vor. Andere sagten Gedichte her. In den Pausen machte die Jugendkapelle Musik. Ein Sprechchor schilderte blutige Vorgänge (erschlagene Proletarier, um die sich keiner kümmert). Vom Hintergrunde sprachen dann alle Genossen, daß sie sich darum kümmern werden. Zum Schluß sangen wir ein revolutionäres Kampflied.

Der Werbeabend hat uns sehr gefallen. Als wir nach Hause gehen wollten, war es ganz dunkel. Auf dem ganzen Wege war Wetterleuchten. Um Mitternacht kamen wir müde nach Hause.

Am anderen Tage war eine Wanderung nach dem Ketzbachtal. Es kamen auch viele Jugendgenossen mit. Und so zogen wir in einem sehr langen Zuge singend aus der Stadt hinaus. Wir holten erst die Langendorfer Genossen ab, die sich am Werbeabend in die Kindergruppe angemeldet hatten. Nun ging unser Weg immer zwischen Feldern entlang. Manchmal kam eine Regenbusche, aber der Wind blies uns schnell wieder trocken. Im Schönburger Walde wurde gelagert und gefrühstückt. Dann gingen wir weiter. Im Dorfe gingen die Weißenfelser Genossen gleich ins Ketzbachtal und wir Halljschen besichtigten erst die Burg. Dann gingen auch wir nach dem Ketzbachtal. Da war es sehr schön. Eine große und breite Wiese war zwischen den Bergen, und ringsum war Wald. Auf dieser Wiese haben wir uns getummelt. Am schönsten war das Froschprellen und dann die großen Kreise beim Spielen. Die meisten Kinder hatten sich barfuß gemacht. Das erstemal in diesem Jahre. Wir hallischen Genossen führten noch unser Märchenspiel vom Rosenstock auf, so gut wie's eben ging. Ein Aufseher kam und wollte uns von der Wiese jagen. Um 5 Uhr zogen wir dann nach Hause. Der Weg führte über Leißling immer durch den Wald.

Montag, den 28. April, zogen wir nach den Weißen Bergen. Da sahen wir Deutschlands Elend. Das ist schon so weit vorgeschritten, daß alte Leute in Höhlen wohnen müssen. Dies sahen wir in den Weißen Bergen. Um 1 Uhr kehrten wir in unser Quartier zurück, weil unser Zug schon um 4 Uhr fuhr. Wir packten unsere Sachen, verabschiedeten uns von den Genossen und gingen zum Bahnhof. Dort nahmen wir Abschied von den Weißenfelser Kindern. Dann gings auf den Bahnsteig. Wir stiegen in den Zug und fuhren ab.

Es wird uns stets ein Andenken bleiben. Neun Genossen, deren Eltern arbeitslos und ohne Geld sind, haben wir auch mitgenommen, wie sichs für Kommunisten gehört.

Pfingsten wollen wir 6 Tage fort, darauf freuen wir uns jetzt schon.

Neue Bücher

Das **„Forum"** (Herausgeber Wilhelm Herzog) bringt in seiner neuen Nummer 6/9, die in den nächsten Tagen erscheinen wird, folgende Artikel:

Wilhelm Herzog: Nur weiter, Kinder, weiter!, ein Artikel, der den Sieg der KPD. bei den Wahlen als einen ersten Anfang und Ansporn mit dem Wort Herweghs treffend illustriert: „Nur weiter, Kinder, weiter!" Ein Brief Lenins an Maxim Gorki mit einem kurzem Vorwort von Kamenew. Karl Radek: Stinnes. Ein unsentimentaler Nekrolog. E. Varga: Der Sinn des Gutachtens der Sachverständigenkommission. W. Herzog: Im Zwischendeck nach Südamerika (Fortsetzung und Schluß). So sieht die Welt aus: (Fritz Ebert hat einen Biographen gefunden.) Bücher, die das Forum empfiehlt.

Das Heft (56 Seiten stark) kostet 1 Mark. Vierteljöhrlich 3 Mark. Arbeiter- und Betriebsorganisationen erhalten das „Forum" direkt vom Verlag bezogen um ein Viertel billiger. Bestellungen sind zu richten an „Forum"-Verlag, Berlin W 35, Derfflingerstraße 4. Das „Forum" kann außerdem bezogen werden durch jede Parteibuchhandlung.

Das Metall der Toten

62] Von Concha Espina

Die Gewerkschaftsleitung, die gleichzeitig als Streikkommission fungiert und in allen Abteilungen ihre Delegierten hat, hat bereits die erforderlichen Anträge an den Präfekten gestellt und beschließt, daß Disziplin und Mäßigung die außerordentliche Feierlichkeit des Ereignisses erhöhen sollen.

Jetzt müssen die roten Blätter mit Vorsicht über alle Abteilungen verbreitet werden, und die Frauen überlegen, daß sie sie zuunterst in den kleinen Frühstückskörben unterbringen können.

Aurora bringt das Essen für Gabriel und Enrique Salmeron hinunter, da dessen Mutter noch immer im Syndikatsgebäude wohnt und die beiden jungen Männer seit zwei Tagen in der Bessemerstahl-Gießerei arbeiten, ohne daß sie um ihre Verlegung eingekommen wären. Es ist wie eine Strafe, die auch Felix Garcés und Vicente Rubio treffen soll, also die vier Vergleute der Gewerkschaft. Eine Entlassung wäre unvollzählig gewesen, und Pmip mußte doch aus Gerechtigkeitsgefühl die Gewaltstreiche dieser Arbeiter strafen; er zog zweifellos nicht in Rechnung, daß Enrique in der Schwefelsäurefabrik noch weit schlimmer daran war, wohin man ihn zur Strafe für seine Auffässigkeit gegen einen Aufseher vor Monaten geschickt hatte. Auch daran, daß die Gießerei in ihrem ganzen Umfange die Alten ausschließt, scheint der Spinel sich nicht zu erinnern: hier braucht man junge, unzerbrochene Kräfte, frisches Blut und gespannte Muskeln, die wie der Granit in den Bergspalten knirschen . . . und, so wie diese Steinlawinen, dem Verderben anheimfallen.

Aurora geht mit Obdulia, die ihrem Bruder das Essen bringt und sucht bei dieser Gelegenheit eine weitere Anzahl Blätter in die Fabriken einzuschmuggeln. Sie haben das rötliche Land in der Umgebung der Fabriken, zwischen den Erzhöhen und den roten Wasseradern, erreicht. Es ist Mittag, die Stunde, da die Landschaft in einem Rausch von Sonne liegt: grausam gleitet das Licht über den schwarzen Rücken der ausgehöhlten Berge und sammelt sich brodelnd in der Ebene.

Aurora, die täglich schlanker und zierlicher wird, schreitet behende und voll Ungeduld aus, als trieben ihre Gedanken sie vorwärts. An ihrer Seite geht schweigsam Obdulia Garcés mit ihrer ernsten, scheuen Miene, die sie so sehr von den anderen jungen Mädchen unterscheidet. Sie ist in Roiaf de la Frontera an der portugiesischen Grenze geboren und vor einiger Zeit mit ihren Brüdern nach Dite gekommen, das die jungen Burschen mit dem Schlund seiner Gruben entlockte, mit den Feuern im Tale des Lusifer blendete. Aber das Mädchen lebt zurückgezogen, fern vom Strudel des Gewerbes, und ihre Seele weilt noch in ihrer stillen, bergigen Heimat im Gipfelschatten des Aroche, die vom Chanza bewässert wird; sie fühlt sich fremder in der feurigen Ebene als die neben ihr Schreitende

Kurz vor ihrem Ziel holt ein anderes Mädchen sie ein; es ist Casilda Rubio, die die gleiche Richtung einschlägt und auch einen Korb mit derselben Lage von aufrührerischen Zetteln trägt. Sie hat sich im Bureau aufgehalten, um die Blätter zu holen, und bringt sie nun voller Stolz als Beweis, daß auch sie eine Persönlichkeit ist, die auf die Geheimnisse der Organisation Einfluß hat. Sie will das Gesicht ihrer Nebenbuhlerin sehen und blickt sie mit scheuen Augen unter den fiebrigen Lidern von der Seite an.

Aurora ertappt sie dabei und macht eine unwillkürliche Bewegung des Widerwillens; dann lächelt sie und fragt nach ihrer Mutter, derer sie mit Dankbarkeit gedenkt. Die Erinnerung an ihre Ankunft auf dem Berge in Fieber und tiefster Erschöpfung steigt plötzlich vor ihr auf, an ihre Ohnmacht, an jenen seltsamen Schlaf, der dem Tode so sehr glich und sie zum Vergessen und zu neuem Leben geführt hat. Und noch jetzt fühlt sie in ihrem gehetzten Körper, in ihrem ruhelosen Gemüt Marthas unvergeßliche Zärtlichkeit, das Streicheln ihrer zitternden Hände, die heilsame Wirkung ihres Mitgefühls.

„Ich werde sie besuchen", verspricht sie.

Casilda antwortet sehr scheu, ohne doch von ihrer Seite zu weichen: Haß und Bewunderung halten sie fest und überwältigen sie. Sie findet die Verabscheute heute noch interessanter, ihre geheimnisvolle Stimme scheint ihr klarer und tiefer, das Licht in den grünen Augen strahlender, fast wie ein heiliger Funke. Und sie folgt ihr, sich ihrem Schritt anpassend, und findet einen unsagbaren Genuß darin, sie zu beneiden. Auroras von Schmerz und Mutterschaft gezeichneter Körper wird wieder jugendlich zart; und die anmutige Weichheit ihres Mundes, wenn sie spricht, der Hauch sanfter Diebischkeit, der sie mit seinem Zauber umgibt, üben eine krankhafte Anziehungskraft auf die Verschmähte aus, der sie nicht zu widerstehen vermag.

Obdulia hat bei dem Zusammentreffen einige ruhige Worte gesprochen, dann verstummen sie, das Getöse der Arbeit betäubt, die Rauchwolken blenden sie schon; sie steigen die Stufen zur Gießerei hinan und gleiten, beherzt sich vorwärtstastend, in den dunklen Raum.

Alles scheint zu sieden in der ungeheuren, beängstigenden Halle: Schmelzöfen, Wender, Kessel, Schlacken und blutige Abwässer brennen und heulen prasselnd und feuerspeiend. Die Stahlmasse über den Rückständen und Abzugskanälen säumt sich weißglühend über den Zapfenlöchern, zu denen die Schmelzer sie stoßen; die Essenlöcher sprühen Funken. Die flammenspeienden Kamine und Schlote verbreiten einen entsetzlichen Gestank und gießen ihre Gase und ihren Ruß über die Arbeiter aus; die brennende, fließende Masse strömt in vulkanischen Kaskaden von den Schmelzöfen auf den Ruhestein der Gießöfen und wird durch Drehkräne in die Schmelztiegel zurückbefördert, zwischen deren Lippen graue Flammen mit blendenden weißen und blauen Streifen und grünen Linien leuchten, denen Funken, Sterne und Metallflügelchen entströmen: die Spitze eines jeden glühenden Körpers streckt eine Feuerzunge aus, und das Gedicht des weißglühenden Minerals wird von wüsten Detonationen und dem Hochschleudern brennender Metallteile taktmäßig betont. Das rostige Dach, der unebene Fußoden erheben von dem unerträglichen Widerhall der elektrischen Maschinen, so wie in allen ihren Fugen die Hölle krachen mag. Und die halbnackten, ausgedörrten, staub- und schweißbedeckten Männer scheinen aus den Schlacken aller menschlichen Asche gebildet zu sein.

Scharf und bestimmt, wie in plötzlichem Wahnsinn schmetternd, hat die Sirene die Mittagsstunde gepfiffen; das ist die Frühstückspause in der zwölfstündigen Tagesarbeit; aber einige Arbeiter können sich nicht von ihrer Arbeit entfernen und müssen an ihrem Platz essen, wo die Luft infolge der Ausdünstung der Schwefelsäure nicht zu atmen ist.

Diejenigen, die sich der Freiheit erfreuen, gehen hinter den Frauen her, die verstohlen an den Eingängen der Werkstätten erschienen sind und sich mit einem Ruf gemeldet haben.

Sie bilden einen schönen Strauß junger Geschöpfe in der Blüte ihrer Jahre, und man gestattet ihnen den eiligen Durchgang durch die Arbeitsräume, wenn sie bis an die Schmelzöfen gehen müssen, damit die Arbeiter Nahrung bekommen.

So ergeht es Casilda heute; ihr Vater kann nicht herauskommen; er muß die Masse mit dem Stabwender in die Formen stoßen, damit sie nicht gerinnt, und das junge Mädchen gleitet an den Düsen der Schmelzöfen vorbei wie ein köstlicher Lichtstrahl, eilt an der Hölle der Schmelztiegel entlang, unter der Wolke der Schachtofenlöcher vorbei und erscheint halb erstickt und zitternd am roten Rande der Gießformen.

Einige Arbeiter möchten sie aufhalten, um sie vor den Gefahren ihres Weges zu warnen, aber sie blickt sie an, ohne sie zu sehen; sie ist auf der Flucht vor Gabriel und Aurora, die zusammen am Rande des Fabrikgeländes stehen und sich anschicken, zu frühstücken.

Aber als Vicente Rubio die Hand seiner Tochter auf der Schulter fühlte und sie, die Beute einer unbegreiflichen Unruhe, so unerwartet vor sich sah, fühlte er inmitten der zuckenden Feuer starre Kälte tief im Innern, als wären seine Knochen von Marmor: in ohnmächtiger Qual sah er plötzlich in dem geliebten Gesicht die Zeichen der Schande und der Verzweiflung, das Verlangen, ihn um Schutz und Hilfe zu bitten.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192405 26-11/fragment/page=0008